

Pol. g.

1154

m

Pol. g. 1154 m



155.

240.



Handwritten signature

<36634187680018

<36634187680018

Bayer. Staatsbibliothek



Absolutismus und Föederalismus

oder

Die Quelle alles Uebels und dessen Heilung

von

Heinrich Prinz von Hanau.

Ihr seid seines Reichs Amtleute.
S a l o m o.

Prag, 1876.

Verlag von H. Dominicus.

Ta169/432

Baye-ische
Staatsbiblio-ek
Münch

Dem Altmeister föderativer Politik, Herrn

Dr. Constantin Frantz

in dankbarster Verehrung

gewidmet vom

Verfasser.

Don't let me hear of any more of this

Dr. Constantine F. Evans

is a doctor of medicine

and a surgeon

Verfasser

Vorwort.

Die Widmung dieser Schrift nennt den Autor, dem ich die auf den nachfolgenden Blättern vertretenen Ideen zu danken habe. Es ist mein Wunsch, dass er in meinen Ausführungen einen nicht unwerthen Beitrag zu dem hohen Ziele seines Lebens erkennen möge, das deutsche Volk von der Verirrung zurückzurufen, welche er als „die Odysee des deutschen Geistes“ bezeichnet, damit das Wort von Gentz in erhöhter Bedeutung zur Wahrheit werden kann: „Europa ist durch Deutschland gefallen und durch Deutschland wird es wieder auferstehen.“

Da mir bei der ganzen Arbeit der Cabinetsrath Adolf Schimmelpfeng mit Rath und That zur Seite gestanden hat, so gebe ich dieselbe getrost in die Oeffentlichkeit, obgleich Vieles noch der näheren Ausführung bedürfte. Ich finde mich hierzu vor allem auch dadurch ermuthigt, dass gerade die gegenwärtigen Ereignisse in der auffälligsten Weise einen

practischen Beleg für die dargelegten Anschauungen bieten. Sowohl vom deutschen wie vom specifisch österreichischen Standpunkt aus lässt sich für die Dinge im Orient nur dann eine befriedigende Lösung denken, wenn man sie in dem Sinne verfolgt, in welchem schon im November v. J. in einer zu Prag abgehaltenen Versammlung von Gesinnungsgenossen die Bildung einer mitteleuropäischen Conföderation bis an die Mündung der Donau als der wesentlichste Punkt eines föderativen Programms in Anregung gebracht wurde.

Prag, am 2. August 1876.

Der Verfasser.

Unsere Situation.

Das moderne Zeitalter, — mit welcher Selbstgewissheit ist es aufgetreten, mit welchem hohen Schwung der Ideen hat es begonnen, mit welchen nie dagewesenen Weltverbesserungsplänen hat es sich getragen!

Die Welt glaubte den Stein der Weisen gefunden zu haben und versprach sich goldene Berge von dieser neuen Zeit. Und was hat man erreicht? — dass auf allen Gebieten, ohne Ausnahme, die bitterste Täuschung das Resultat ist, dass sich überall der Mangel befriedigender Verhältnisse fühlbar macht, dass ein allgemeiner Conflict der Ideen und der Interessen hervortritt, dass eine ununterbrochene Sorge der Krieg ist, und dass darum eine qualvolle Unsicherheit den Menschen jedes Vertrauen geraubt hat!

Ich würde Eulen nach Athen tragen, wollte ich diese Zustände näher schildern; zeigen sie sich doch in Thatsachen, vor die sich Jeder, ob hoch

oder niedrig, täglich mit seinem Denken und Fühlen gestellt sieht, ohne dass sich ihm irgend eine greifbare Aussicht böte, wie dies anders werden soll.

Man wird diese Frage nicht beantworten können, wenn man sich nicht erst über die andere, woher es so gekommen, klar geworden ist. Dazu fehlt aber allerdings noch viel, um so mehr, als gerade die Stimmführer des Tags von der nöthigen Erkenntniss weiter als je entfernt sind.

Der Absolutismus.

Die Quelle alles Uebels ist zu einem Labyrinth geworden, in das die Geister, ja selbst die edelsten, sich so sehr verirrt haben, dass diejenigen, welche es sich zu ihrem höchsten Ruhm machten, aus ihm herauszuführen, nur noch um so tiefer hineinführten. Diese Quelle ist — der Absolutismus, nicht freilich in dem engen Begriff, in welchem er nur den Fürsten zum Vorwurf gemacht wird, sondern als ein Unrecht, welches sich allgemein, vor allem aber in Folge der herrschenden Staatstheorie, im Leben geltend macht.

Es ist bekanntlich ein wahres Kreuz aller Staatsrechtslehrer und Philosophen, dass sie sich vergebens damit abplagen, eine vernünftige Definition des „Staates“ aufzubringen. Stahl z. B., der ihm die bedeutende Kraft seines Denkens eingehend widmete, muss sich den Nachweis führen lassen, dass er ein „Confusum“ zusammen gebracht habe, und Andere, die ihm diesen Nachweis liefer-

ten, haben die Confusion nur noch vermehrt. Ein französischer Schriftsteller F. Bastiat hat angesichts dieser babylonischen Verwirrung den nicht übelen Einfall gehabt, man solle „eine Million Francs und Orden aller Art“ zur Belohnung für den ehrlichen Finder einer richtigen Definition vom Staate aussetzen, denn ein unendlicher Dienst, meinte er, würde der Menschheit damit erwiesen sein.

„Was aber wollt Ihr in die Ferne schweifen, sieh' das Gute liegt so nah'!“ Hat doch längst Einer der Menschheit diesen Dienst erwiesen, aber man hat ihn verlästert, weil er das Kind beim rechten Namen nannte: Ludwig XIV mit seinem „l'état c'est moi!“ Damit war wirklich der Nagel auf den Kopf getroffen, denn, der Staat, indem man sich darunter ein einheitliches Ganzes vorstellt, zusammengesetzt aus einem bestimmten Kreis menschlicher Individuen, ist ein Begriff, welcher immer einen höchsten, absolut herrschenden Willen in sich schliesst. Man hat im concreten Fall also den Staat nur dann erfasst, wenn man das „Ich“ kennt, welches diesen Willen darstellt. Dieses Ich war damals Ludwig XIV und zu aller Zeit werden selbst die wohlgemeintesten Bestrebungen unter der Herrschaft dieses Staatsbegriffs nur dahin führen, jenes absolute Ich ausfindig zu machen und auf den Thron zu erheben. Daher hat sich auch wirklich die politische Geschichte als ein fortwährendes Ringen und Kämpfen um diesen Preis

erwiesen je mehr in ihr das Gespenst des „Staates“ gespuht hat. Merkwürdigerweise hat dies Niemand klarer ausgesprochen, als ein Mann, der gerade als Absolutist sehr verschrieen ist, Jarke, welcher treffend schon 1831 unserer Zeit zum Vorwurf gemacht hat, „dass sie ein Kampf sei um die absolute Gewalt“.

Man wird mir nun den Einwurf machen, dieses passe doch nicht auf die Constitutionellen und nicht auf jene Partei, welche die Restauration einer ständisch beschränkten Monarchie anstrebt, aber gerade denen, welche mir mit diesem Einwurf kommen, sage ich, dass es endlich an der Zeit wäre, sich über ihre Selbsttäuschungen klar zu werden. Es muss endlich zum Bewusstsein kommen, dass allen diesen beschränkenden Staatstheorien doch nur das Motiv zu Grunde liegt, möglichst klug Garantien dafür ausfindig zu machen, dass allein „der Herren eigener Geist“ an's Ruder komme oder am Ruder bleibe.

Theorie und Praxis der Constitutionellen sind rein absolutistisch. Auch die Idee des sogenannten Rechtsstaates ändert daran nichts, denn, obgleich in diesem Staat nicht mehr die Willkür regieren soll, so ist das Recht, welches als „Ich“ seinen Thron besteigt, nur dasjenige, welches von der constitutionellen Gewalt nach freiestem Belieben fabricirt wird. Nach der gemässigten Theorie ist es zwar das „Spiel der constitutionellen Gewalten“, des Monarchen und des

Parlaments, aus welchem der herrschende Wille geboren wird, aber es bleibt doch nur das Spiel um eine Gewalt, die sich unbedingt geltend machen will, weshalb das System sich von dem absolutistischen Charakter doch nicht frei zu machen vermag.

Die fortgeschritteneren Constitutionellen kennen hingegen schon nur noch den Absolutismus des Parlaments. „Das Parlament kann Alles“, sagt man in England, „nur Eins nicht, nicht aus einer Frau einen Mann machen.“ Dem Parlamentarismus war es vorbehalten, den Begriff der Staatsomnipotenz bis zu seiner ganzen Consequenz zu entwickeln. Es dreht sich nun in der Praxis das Interesse des Constitutionalismus nur um die Frage, wie am zweckmässigsten das Parlament zu Stande gebracht wird, und es besteht factisch die constitutionelle Periode darin, dass der Stand der Bourgeoisie, der „Geld- und der Manchester männer“ diese Frage mit vorherrschendem Einfluss in seinem Interesse behandelt. Es ist darum auch ein wohlverdientes Gericht, dass im Volk jetzt überall erkannt wird, dass man zu etwas besserem da ist, als sich von einer parlamentarischen Majorität des Geldprotzen regieren zu lassen, und es ist ein Fortschritt, den man mit Freuden begrüßen muss, dass die künstlichen Mittel eines solchen Regiments, jene geschraubten Wahlgesetzcacule u. s. w., vor der Welt immer mehr in Misscredit gekommen sind. Den „schönen Tagen von

Aranjuez“ wird bald für immer der Constitutionalismus gezwungen sein, Adieu zu sagen.

Auch die Conservativen können sich trotz aller Bemühungen und Anstrengungen nicht von dem Vorwurf des Absolutismus rein waschen. Ihrer Mehrzahl nach sind sie jene lieben ehrbaren Christen, deren ganze Staatsweisheit sich darin erschöpft, mit devotem Bekenntniss ihres „beschränkten Unterthanenverständes“ nach Oben zu blicken, wo der Monarch als Gottes Statthalter thront und regiert.

Diese Richtung, welche sich namentlich in den preussischen gläubigen Kreisen entwickelt hat und noch ganz vor Kurzem ihren Glauben an die „göttlichen Weisungen“ von des Königs Majestät bekannte, hat die Welt mit Recht als servil verurtheilt. Es ist freilich nicht zu verkennen, dass sich die conservative Theorie, wie sie in den letzteren Decennien Geltung zu gewinnen suchte, darüber erhob und dass sie von Männern vertreten war, die ein freier und männlicher Geist beseelte, aber absolutistisch blieb das „monarchische Princip“ doch, selbst in seinen einschränkendsten Fassungen. Es war auch hier immer nur der oberste Gedanke, unter Anlehnung an die Gewalt des Monarchen eine die betreffende Gesammtheit einheitlich beherrschende Macht aufzurichten. Wesentlich war man zu dieser Tendenz durch den wahlverwandten (aristokratisch-christlichen) Charakter der in Deutschland regierenden Dynastien bestimmt. Selbst Stahl war davon

nicht frei. So tief auch die Grundgedanken seines Systems waren und so sehr sie in der That die bahnbrechende Wahrheit enthalten, so erdrückt er sie doch wieder als Kind seiner Zeit, ohne es zu merken, in seiner Staats theorie, deren Gloriole er in überschwänglicher Weise um das Haupt des Monarchen flicht.

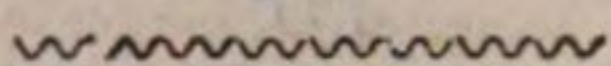
Der innere Widerspruch, der in dieser Weise dem christlichen Conservatismus überhaupt anklebte, musste eine jede nachhaltige Wirksamkeit desselben unmöglich machen, insbesondere aber hat er es ermöglicht, dass der Conservatismus in Preussen eine solche moralische Niederlage erleiden konnte, wie ihn das Jahr 1866 ihm brachte. Es trat unter den Ereignissen von damals nur zu Tage, was in den Herzen verborgen gewesen war, dass man nämlich die christlich-monarchische Politik im Dienste eines speciellen Interesses betrieben hatte.

Hiergegen hat ein preussischer Edelmann wie Hermann von Gauhain seine Stimme mit der vernichtenden Anklage erhoben, dass das heilige Princip der Legitimität zu einer „Wohnungsfrage“ erniedrigt sei.

Vergeblich müht sich der Conservatismus ab, auch nur einigermaßen wieder zu der alten Geltung zu kommen, die schon schwach genug war. Festgebannt an den Absolutismus der Bismarck'schen Politik, sind alle Anstrengungen dieser Art nur geeignet, wegen ihrer augenscheinlichen Nutzlosigkeit bewundert zu werden.

Ich kann mir den Beifall, den dies Urtheil über den Constitutionalismus und Conservatismus auf demokratischer Seite finden wird, gern gefallen lassen, denn ich gedenke meinen Vorwurf nach dieser Seite hin nur um so schärfer zu richten.

Bei dem gesunden Menschenverstand und der vielen Ehrlichkeit, welche man in der Demokratie antrifft, muss man staunen, wie sie den Balken des Absolutismus im eigenen Auge noch immer nicht erkennt, wo sie doch die Splitter in den Augen der Anderen mit so viel Logik und Ingrimm aufzuweisen versteht. Es thut fürwahr hoch noth, diesen Demokratismus als den gefährlichsten Kunden des Absolutismus vor den Richterstuhl des gesunden Menschenverstandes auf die Anklagebank und zur Verurtheilung zu bringen. Die Freiheit, welche der Liberalismus verkündet, und welche die Demokratie entgegen den Täuschungen der Constitutionellen zur Wahrheit machen will: worin besteht sie? Einfach darin, dass das, was Ludwig XIV für sich allein in Anspruch nahm, nun unter die Einzelnen vertheilt werden soll, aber doch nur so, dass ein Jeder das Recht habe, nicht etwa für sein geringes Theil zu regieren, sondern nur dazu mitzuwirken, dass das über allen stehende, alle beherrschende absolute „Ich“ zur Welt komme. Und worin besteht diese Mitwirkung? Darin, dass ich das Recht habe, einen Stimmzettel abzugeben, einen von den unzähligen, durch die dann als



ein Fatum der herrschende Wille hervorgeht. Ein Ludwig XIV hatte doch noch das Gute, dass man sich auf seine Launen einrichten konnte, hier aber ist ein Wille, besten Falls unberechenbar und unlenkbar, wie der Zufall der Urne, aus der er entspringt.

Einen von den Tausenden und Millionen von Würfeln werfen zu dürfen, die in diese Urne zum Hazardspiel fallen, das wäre also die Freiheit!

Dagegen denke ich, dass dies ein Humbug ist, wie kein grösserer je in der Welt erfunden wurde, und dass man hier den Absolutismus bis zum Wahnsinn gross gezogen hat.

Es muss unbegreiflich erscheinen, das es heute noch denkende Menschen gibt, die an diesen Humbug glauben, den man mit dem verlockenden Namen „Volkssouverainität“ dem fürstlichen Absolutismus entgegengestellt hat. Es ist unbegreiflich, wenn man nicht sehen kann, dass die individuelle Freiheit, aus der man sie herleitet, sich in dieser Souverainität selbst umbringt. Die „Täuschungen des Repräsentativsystems“ sollten heute jedem Denkenden klar sein und es ist unmöglich, dass sich die anständige Demokratie länger noch verhehlt, dass ihre Theorie in der Illusion einer abstracten Idee besteht, die Fleisch und Blut nur in der „Magenfrage“ bekommen konnte. Die Demokratie ist daher denn auch heute bloß noch eine Macht insofern, als sie sich dieser Frage verständnisvoll zuwendet und

sozialistisch auftritt, d. h. ihre Theorie hat sich bereits dahin entpuppt, dass sie die Stufen jenes Thrones bildet, von dem der Jan-Hagel sein „l'état c'est moi“ spricht, womit wir denn unmittelbar vor die Unvermeidlichkeit der Anarchie gestellt sind. Wie weit wir aber schon in dieses letzte Extrem gerathen sind, wird dadurch bewiesen, dass die Anarchie nach Aussen und Innen in dem darwinistischen „Kampf ums Dasein“ auch schon ihre philosophische Doctrin gefunden hat. Bis zu dieser Blüthe musste sich allerdings das absolutistische Denken entwickeln, dass der Mensch und alle menschlichen Verhältnisse zum Spielball elementarer Gewalten herabsinken.

Man wollte eine einheitliche Ordnung und das Ende ist das Gegentheil. „Les extrêmes se touchent.“

Der herrschende Staatsgedanke ist eine Verirrung, weil er nach einem Unmöglichen hinstrebt, denn die Aufrichtung einer einheitlichen Beherrschung setzt voraus, was auf Erden nicht gegeben und nie zu erreichen ist. Wer auch immer unter den Menschen sich zu dieser Höhe der Beherrschung aufschwingen möchte, oder wie man auch sonst einen einheitlichen Herrscherwillen zusammen construiren wird, immer wird das Menschliche, und damit die Ohnmacht, die Ungerechtigkeit und der Irrthum auf einen Thron gehoben, der wegen dieser Mängel gar keine unbedingte Herrschaft beanspruchen kann.

Gott allein ist eine solche Herrschaft vorbehalten, denn nur Er allein ist der wirklich Absolute, nämlich der Allmächtige, der Allgerechte und der Unfehlbare.

Es ist daher jener Staatsgedanke die Sünde, welche uns die heilige Schrift schon aus der ältesten Zeit des Menschengeschlechts berichtet und in grossartigstem Stile für das Ende der Tage voraussagt, dass sich der Mensch vermisst, Gott gleich sein zu wollen.

Dass dies nicht zu viel gesagt ist, beweist, dass die Theorie sich nicht entblödet hat, die sämtlichen Prädicate der Gottheit direct dem Staate resp. seinem Oberhaupte beizulegen. Man nehme z. B. das Werk eines Mannes, wie des in meinem Vaterland als Begründer seiner constitutionellen Freiheit berühmten Sylvester Jordan zur Hand, um sich davon zu überzeugen. Ich frage, welche göttlichen Prädicate fehlen noch, wenn darin in allem Ernst der „Herrscher“ in Folge seiner „Majestät“ 1. heilig und unverletzlich, 2. unwiderstehlich, 3. unverantwortlich, 4. unfehlbar, 5. unberuflich, 6. unsterblich und 7. alleinig sein soll. Und diese Prädicate sind keineswegs als eine byzantinische Hyperbel gemeint, sind auch nicht die wirren Hallucinationen irgend eines Gelehrten bei „trübem Lampenlicht“, sondern sie laufen alle auf den ganz reellen praktischen Punkt hinaus, dass in dem Staat eine Macht anzuerkennen sei, welche den Gehorsam in völliger Unbedingtheit

zu verlangen hat und so eingerichtet sein soll, diesem Verlangen auch factisch mit Unwiderstehlichkeit Geltung verschaffen zu können.

Man wird eingestehen müssen, dass hier die Vergötterung bis auf das Höchste getrieben ist und dass Alles, was man in dieser Beziehung dem Papstthum zum Vorwurf macht, im Vergleich hiermit fast bescheiden zu nennen ist. Damit will ich indessen nichts zu Gunsten des Absolutismus des Letzteren gesagt haben.

Wenn man in einem Punkte sich klar werden muss, so gerade in dem, dass auch der Glaube rein zu erhalten ist von jeglichem Absolutismus. Es gilt sich bewusst zu bleiben, dass der Glaube nicht Gott selbst ist, sondern dass, so sehr wie er auch des Gläubigen Gewissheit bildet, doch sich solche Gewissheit nur wieder menschlich geltend zu machen vermag, also unter der Voraussetzung der Fehlbarkeit. Es gilt sich bewusst zu bleiben, dass auch die Heiden und vor Allem die Juden durch ihren Glauben eine Beziehung zu Gott haben, weshalb wir auch ihnen gegenüber nicht berechtigt sind, absolutistisch aufzutreten. Mag der Absolutismus in dem Glauben auftreten wie er will, in den Kirchen untereinander, innerhalb der einzelnen Kirche, oder gegenüber der politischen Welt, immer ist er zu bekämpfen.

Man ereifert sich in protestantischen und in ungläubigen Kreisen gegen die Infallibilität des Papstthums, aber nur ein hochgradiges Phari-

säerthum kann übersehen, wie man im Interesse des eigenen Glaubens oder seines Unglaubens es mannigfach dem verschrieenen Papstthum nur zu sehr gleich thut.

Eine gerechtere Selbstprüfung in dieser Hinsicht wird auch erkennen lassen, wie sehr man mit den beliebten Declamationen gegen „Jesuitismus“ ebenfalls nur pharisäisch über einen armen Zöllner aburtheilt. Es lässt sich nicht leugnen, dass nur allzuoft auch gerade die Unfehlbarkeit des evangelischen Glaubens oder des Unglaubens, mehr noch freilich die Ideen der Freiheit, der Nationalität und dergleichen ganz so jesuitisch verfochten werden, wie die Schüler Loyola's für ihre „alleinseligmachende Kirche“ streiten. Wenn man heute die Gewalt bejubelt und heilig spricht, die gegen die katholische Kirche verübt wird, obwohl doch diese längst aller weltlichen Macht entkleidet ist, also blos aus Angst vor der Macht, die diese Kirche sich durch Benutzung der allgemeinen Freiheit über die Geister zu verschaffen weiss, so frage ich, ob hier nicht ein geradezu arger Jesuitismus vorliegt. Wenn die Reactionsperiode Beispiele dafür geliefert hat, dass christliche Männer, um des monarchischen Principes willen, Fürsten für berechtigt erklärten, auf eigene Faust sich ihres geschworenen Eides zu entbinden, durch den sie an gewisse constitutionelle Schranken gebunden waren, wenn man andererseits

dem „Frühling der Freiheit“ für die ungeheuerlichsten Excesse einen Schleier zugesteht, den das Urtheil der Moral nicht zu lüften habe, und wenn man es nicht für anstössig hält, dass die „Nationalität“ der Italiener und der Deutschen mit allen Mitteln sich ihre staatliche Einheit erkämpfte, so dass selbst die Verleitung fremder Unterthanen und Soldaten zum Eidbruch nicht fehlte, was ist das anderes als ein schreiender „Jesuitismus“, der in diesen Fällen nur mit dem Namen „Machiavellismus“ zu benennen ist?

Erklärlich aber sind diese Verirrungen nur dadurch, dass man den Zwecken, welche man verfolgt, eine absolute Nothwendigkeit beilegt und sich damit also etwas anmasst, was nur Gott zukommt. Für die Verwirklichung solcher Zwecke gibt es alsdann freilich kein Hinderniss. Alles Unrecht und alles Uebel in der Welt, vom Grossen bis ins Kleinste, liegt nur in dieser absolutistischen Tendenz, welcher die Menschen mit ihren Interessen und Ideen verfallen. Hier gilt es daher zu brechen und es kann dieser Bruch nicht gründlich genug sein. Bricht man aber, so verlässt man auch damit den Bannkreis des Uebels und es öffnet sich der Blick nach den Bergen, von welchen allein die Hilfe kommen kann.

Der Föderalismus.

Da nichts auf Erden existirt, dem eine absolute Herrschaft zugestanden werden darf, so bleibt nichts Anderes übrig, als sie Gott, welcher in der Natur und der Geschichte die mannichfachsten Kräfte in Bewegung setzt, allein zu überlassen und dabei alle menschliche Gewalt auf den Umfang einzuschränken, in welchem sie in den Gewissen der davon Betroffenen eine freie innerliche Anerkennung gefunden hat oder auf freier Vereinbarung beruht.

Dies ist, im schroffsten Gegensatz zum Absolutismus, das Princip des Föderalismus.

Der Föderalismus beruht demnach darauf, dass er mit dem Glauben an eine göttliche Weltregierung, in welcher der einzelne Mensch nicht als bloßes Object untergeht, sondern in freier Mitwirkung sich zu bethätigen hat, vollkommen Ernst macht. Dem entgegengesetzt war es der immer mehr und mehr erwachende Unglaube, durch den wir in den sog. antiken Staat mit seinem

ganzen Absolutismus zurück fielen und mit dem wir uns jener Zersetzung preis gegeben sehen, in der das alte Rom mit seinen Imperatoren und Prätorianern untergehen musste.

Auch die fortgeschrittensten Geister des Unglaubens beginnen zu erkennen und einzugestehen, dass nur auf dem Wege des Glaubens eine Rettung für unsere zerfahrenen Verhältnisse möglich ist, wie auch schon Alexis von Tocqueville aus seinen Erfahrungen in Amerika die Folgerung zog, dass „ein Volk, welches frei sein will, glauben und ein Volk, welches nicht glauben will, dienen muss.“ Selbst die Keckheit eines Johannes Scherr bequemt sich daher zu dem Zugeständniss, dass die Hoffnung nur deshalb nicht aufzugeben sei, weil man hoffen dürfe, dass aus der jetzigen Auflösung der religiösen Begriffe sich eine „neue Syntese des Glaubens“ bilden werde, und von Hartmann, der „Philosoph des Unbewussten“, richtet seine Forschung schon nach den „Bausteinen einer Religion der Zukunft.“

Der Communist Proudhon geht sogar so weit, seine ungläubigen Gesinnungsgenossen zu mahnen, dem Volk doch nicht eher den Glauben an eine so gewaltige sittliche Macht, wie die christliche Kirche, zu rauben, bis sie eine andere entdeckt hätten, welche dieselbe ersetzen könne. Mögen aber diejenigen, welche „am Glauben Schiffbruch erlitten haben“ ausfahren, die Atlantis

eines neuen Glaubens zu entdecken, insofern sie an eine höhere Macht glauben, welche die Weltentwicklung beherrscht, so stehen sie, wie z. B. auch der gläubige Jude, auf dem Grundprincip des Föderalismus, das nur deshalb sich als ein christliches bezeichnen darf, weil thatsächlich es das Christenthum gewesen ist, welches dem Föderalismus erst in seiner Universalität und völligen Wahrheit zum Durchbruch verhalf. Keine andere Religion hat den Menschen und Völkern so klar und umfassend den Glauben an die Weltregierung Gottes gepredigt und keine die Würde des Einzelindividuums, durch den hohen Preis seiner Erlösung und seine directe Verantwortlichkeit vor Gott, so tief und so fest gegründet und das allgemeine Menschenthum so sehr allen nationalen Ueberhebungen zum Trotz zur Geltung gebracht.

Mit der Gründung der christlichen Kirche als einer Stiftung nach diesen Grundsätzen trat eine Macht in die Geschichte ein, welche darauf angewiesen und dazu befähigt war, in höchstem Masse sich als eine selbstständig wirkende Kraft des Lebens gegenüber dem damals bis zum höchsten Absolutismus entwickelten Staat zur Geltung zu bringen. Innere Nothwendigkeit trieb den letzteren deshalb zur Verfolgung der Christen und jedesmal, wenn die antike oder die moderne Staatsidee sich mit Consequenz geltend macht, erlebt diese Verfolgung ihre neue Auflage. „Weihrauch dem Bild des Kaisers“ und nicht etwa Anbetung der Götter, wie

erst später, hiess es unter Nero, „unbedingter Gehorsam den Gesetzen“ ist die Forderung Bismarck's und Falk's. Aber mich dünkt, das Verlangen eines Nero war erträglicher und vereinbarlicher mit einem christlichen Gewissen, als die Forderung dieser, welcher sich so viele Christen ohne Bedenken fügen.

Das Christenthum, trotzdem es oft selbst genug in Absolutismus verfällt, ist es auf diese Weise auch in der Gegenwart noch, welches durch seine Lehre und seine Macht als Kirche die Christen nöthigt, mit dem absolutistischen Staatsgedanken zu brechen, und welches die Gedanken auf eine höhere, den Willen Gottes mit der Freiheit der Individuen verknüpfende Einheit hinlenkt. Diese Einheit ist das Reich Gottes in seiner umfassendsten Bedeutung, wie es sich auf Erden von Anbeginn der Welt entwickelt und im Himmel einst seine Vollendung findet.

Stahl hat diesen Gedanken ganz richtig zum Ausgangspunkt seines Systems gemacht und ihn treffend als den Gedanken des „sittlichen Reichs“ bezeichnet, indem er sagt: „Dieser Gedanke ist bewusste, in sich einige Herrschaft nach sittlich-intellektuellen Motiven über bewusste freigeheorchende Wesen, damit auch diese einigend; — er ist demnach Herrschaft von persönlichem Character nach jeder Beziehung; — ein Reich der Persönlichkeit.“ Der Fehler Stahl's war nur der, dass er diesen Gedanken auf einzelne menschliche Kreise (Volk und Kirche) übertrug, in welchen

er doch niemals ganz zur Wahrheit werden kann, da einem solchen Kreis die menschlichen Mängel anhaften. Weil nun Stahl dieses selbst einsieht, hilft er sich mit einer „niederen Stufe“, auf welcher derselbe nothwendig zu einer Illusion wird. Der Föderalismus vermeidet diesen Fehler, indem er jede einzelne Gemeinschaft nur als Theil der alles umfassenden Einheit betrachtet und auch nur insofern, als sie dem Wesen eines Reichs der freien Persönlichkeit entspricht.

Nur dadurch ist er im Stand, alle Kräfte des menschlichen Lebens vollkommen wirken und sich entwickeln zu lassen.

Indem der Föderalismus alle Kräfte und die auf ihnen beruhenden Berufsarten, und zwar nicht bloß der Einzelnen, sondern auch ihrer Verbindungen, wie der Familien, der Gewerbsgenossenschaften, der Gemeinden, der Volksstämme, der Nationalitäten, der Religions-Genossenschaften etc. in ihrem gegenseitigen Aufeinanderwirken mit offenem und unbefangenen Blick ansieht, indem sich ihm so das Leben als ein in unendlicher Verknüpfung gesteigertes System der verschiedenen Berufe darstellt, ist ihm die allgemeine menschliche Gesellschaft „das sittliche Ganze, in dem der Mensch mit seinem ganzen Dasein aufgehen soll“. Der Föderalismus geht damit von einer Anschauung aus, auf welche sich die tiefer denkenden Geister je mehr und mehr hingeführt fühlen, und die zu ihrem Rechte zu kommen beginnt, indem

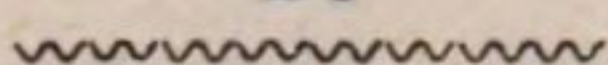
man bereits angefangen hat, die Staatswissenschaft in eine Gesellschafts-Wissenschaft aufzulösen, nur dass man bisher die Gesellschaft noch nicht als den obersten Begriff, sondern noch verschämt nur als dritten neben den des Staates und den der Kirche in die Wissenschaft eingeführt hat. Allerdings gehört dazu, um letzteren Fehler nicht zu begehen, dass man den Muth hat, auf eine derartige Einheit zu verzichten, welche sich mit menschlichem Blick überschauen lässt.

Der Föderalismus hat diesen Muth und findet vielmehr seine Freude daran, sich mit seiner Anschauung in einen Reichthum des Lebens gestellt zu sehen, den er als eine „confusio divinitus ordinata“ bewundert. Von dieser Mannichfaltigkeit und freien Bewegung, in welcher dem Föderalismus die menschliche Gesellschaft sich darstellt, gilt dann das Wort Shakespeare's, das Bluntschli unbedacht auf seinen verschrobenen Begriff Staat anwendet:

Dein Regiment, zwar hoch und tief und tiefer,
Vertheilt an Glieder, hält den Einklang doch
Und stimmt zu einem vollen reinen Schluss
So wie Musik.

Sehr wahr: Drum theilt der Himmel
Des Menschen Stand in mancherlei Beruf
Und setzt Bestrebung in beständ'gen Gang,
Dem als zum Ziel Gehorsam ist gestellt.

Eine nähere Betrachtung wird ergeben, dass die Männer, welche in diesem Sinn dem Gedanken des Föderalismus Bahn gebrochen haben und unter ihnen gebührt vor allen Anderen das Verdienst einem Mann wie Constantin Frantz, der wie



kein anderer den umfassenden Reichsgedanken in den Mittelpunkt gestellt hat und practisch verwerthet, dass diese Männer einen Umschwung des Denkens anbahnen, der in seiner Bedeutung sich grossartiger erweisen muss, als der, welchen einst ein Copernicus und Galilei erreichten, als sie der Erde sich zu bewegen dictirten. Gleich dieser letzteren sinkt bei solcher Anschauung der Staat, sowie alles Irdische, um das bisher die Gedanken und Bestrebungen wie um einen alles beherrschenden Mittelpunkt kreisten, zu einem unansehnlichen Gestirn inmitten eines Systems herab, in welchem tausend und abertausend Gestirne in verschiedenen Systemen die eine unsichtbare Centralsonne umkreisen.

Man soll sich nur in den Gedanken des Föderalismus hineinleben, endlich einmal über die engen Gesichtskreise hinausgehen, in die man sein Denken und Handeln gewohnheitsmässig oder unter dem Dictat einseitiger Interessen und Ideen eingeschnürt hat, und man wird finden, dass in ihm ein Princip gegeben ist, in welchem, recht verstanden, sich alle lautereren Bestrebungen und Bemühungen um die Rettung unserer Zustände vereinen.

Das Recht.

Betrachten wir vor Allem unter diesem Gesichtspunkt das Recht, da dasselbe vielen der Besten als das Panier gilt, um das sich zu sammeln sei. Freilich ist mit dem Recht der Punkt bezeichnet, der im öffentlichen Leben im Vordergrund stehen muss, aber es ist deshalb auch um so nothwendiger, dass man von seinem richtigen Begriff ausgeht, und verhängnissvoll jede irrthümliche Auffassung desselben. Es scheint nun undenkbar, dass unter den Menschen darüber Unklarheit bestehen könnte, was das Recht seinem Princip nach sei, aber dennoch ist die Verwirrung der Begriffe in dieser Beziehung ebenso gross als diejenige über den Staat.

Das kommt aber daher, dass man es immer nur von einem einseitigen absolutistischen Standpunkt aus zu definiren versucht, obwohl es doch offenbar im schneidigsten Gegensatz gegen jeden Absolutismus begriffen werden muss.

Als sprechendstes Beispiel wird hier Puchta dienen können. Ich will nicht dem Verwundern Ausdruck geben, das Platz greifen muss, wenn ein Mann von so hoher Bedeutung für die Rechtswissenschaft sich den Cirkel erlauben kann, zu sagen, das Recht sei, was „die in rechtlicher Gemeinschaft Stehenden als rechtliche Norm erkennen.“ *Dormitat quandoque bonus Homerus.* Abgesehen von diesem wunderlichen Cirkel ist doch die richtige Erkenntniss ausgesprochen, dass das Recht auf einer „gemeinsamen Ueberzeugung“ beruht, dass also Recht ist, was Personen unter einander als ihr Handeln bindend anerkennen, und ferner, dass der Ursprung dieser gemeinsamen Ueberzeugung auf „einer natürlichen Verbindung“ ruht, „welche die Vereinigten geistig affizirt.“ Aber statt dass nun Puchta diese Sätze mit unbefangenen Blick festgehalten und durchgeführt hätte, stossen wir alsbald auf die Einseitigkeit, dass er hinzufügt: „dies ist die Volksverbindung“, wodurch dann das Recht bereits an den Absolutismus des herrschenden Staatsgedankens und an die Verfälschungen durch diesen verrathen ist. Im Gegensatz dazu liegt es im Wesen des Föederalismus, dass er alle natürlichen Verbindungen, dass er den ganzen Reichthum, den das Leben in dieser Beziehung auf das Mannichfaltigste bietet, in's Auge fasst. Die Frage, was recht sei, stellt sich ihm daher stets verschieden, je nach der Zeit, den Verhält-

nissen und den Personen, für die sie gestellt wird. Damit wahrt er den steten Zusammenhang des Rechts mit dem Leben, das ein steter Wechsel der wirkenden Kräfte ist, und es ergibt sich ihm daraus die Wahrheit, dass das Recht allezeit als ein w e r d e n d e s, sich entwickelndes aufzufassen und danach zu behandeln ist. Ein starres Recht ist gleich der Schildwache im kaiserlichen Park zu St.-Petersburg. Sie stand noch Jahrzehnte, als längst schon die zu schützende Rose bei ihren Schwestern im Sande verwelkt war. Wer nur einigermaßen das Leben unter dem Gesichtspunkt des Rechts beobachtet hat, wird alsbald zugestehen müssen, dass mit dieser föderativen Auffassung die einzige Möglichkeit gegeben ist, das Recht in seiner Reinheit aufrecht zu erhalten und mit durchschlagender Kraft in allen Fällen zu vertreten.

Es muss sich mir aufdrängen, diesen Punkt mit specieller Beziehung auf die Frage der Annexion zu beleuchten. Jeder gegenwärtige Rechtsbestand liefert dafür Beispiele an fast allen Punkten, dass selbst Gewaltstreiche die Möglichkeit in sich tragen, dass ihre Schöpfungen zu Recht werden. Die Vorkämpfer der sogenannten Legitimität versuchen dies thörichter Weise und in sonderbarem Widerspruch mit ihren Ideen „vom göttlichen Recht“ durch Verjährung zu erklären. Die Zeit ändert nichts, aber in ihr macht sich in mannigfachster Weise, früher oder später, die Macht der Verhältnisse geltend, die die allgemeine Anerkennung in den

Gewissen hervorbringt, welche das Recht ist. Jeder Gewaltstreich an sich bleibt darum doch für alle Ewigkeit Unrecht, weil ihm bei seiner Ausübung die Anerkennung fehlt. So wird auch das Unrecht, welches Preussen im Jahre 1866 begangen hat, ewig ein schreiendes Unrecht bleiben, auch wenn es wahr werden sollte, was Preussen erhofft, dass die damit erlangte Herrschaft nach einigen Jahren ebenso allgemein innerlich anerkannt sein werde, wie die in der Provinz Sachsen und so mehr. Wer nun aber die Annexion mit Erfolg bekämpfen will, der darf sich nicht genügen lassen, blos aus dem jetzt allerdings vorhandenen Conflict der Gewissen heraus sie anzufechten, denn wie sehr es ihm auch gelingen möchte, die tausend schlafenden, ja schon ertödteten Gewissen wieder zu erwecken, so kann er seine Augen doch nicht vor der Thatsache verschliessen, dass von dieser Gewissenserweckung allein die Verhältnisse sich nicht ändern, und dass unter dem Fortbestand derselben menschlich mit Nothwendigkeit ein Prozess in den kommenden Generationen sich vollzieht, in welchem das dermalige Recht der Dynastieen und der einzelnen Volksstämme zu Grabe geht. Aber die Hoffnung, dass dies nicht geschehe, steht darauf, dass Preussen sich der Aufgabe einer befriedigenden Gestaltung Deutschlands, welche es zum Vorwand seiner Thaten genommen hat und die ihm die Sympathien Vieler entgegen trug und seither gewonnen hat, nicht gewachsen zeigt, die Hoffnung steht darauf, dass die

tieferen Bedürfnisse der deutschen Nation und ihrer Stämme gegen den Druck des sie erstickenden preussischen Einheitsstaats reagiren und in dieser Reaction sich angewiesen finden, an der Macht festzuhalten und respective wieder an die Macht anzuknüpfen, welche für ihren Schutz und ihre Befriedigung in den vertriebenen Dynastien vorhanden war. Es ist die Aufgabe in Beziehung auf diese tieferen Bedürfnisse die Geister aufzuklären und zur Erkenntniss zu führen, es ist die Aufgabe die Geister auf den Segen ihrer Dynastien hinzuweisen und es ist die Aufgabe dieser, in solchem Sinne das Vertrauen und die Hoffnung ihrer Völker zu beleben und zu erhöhen.

Das Recht der Fürsten wie alles Recht ist eine Macht, welche sich bethätigen muss, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, nur in der That fristet sie ihr Leben.

Es war ein unendlich richtiger Gedanke, dass man zu Zeiten des alten deutschen Bundes die Aufrechthaltung des „monarchischen Princips“ dadurch bedingt fand, dass der fürstlichen Gewalt die Initiative gewahrt bleibe. Ganz gewiss, die monarchische Gewalt als die tonangebende ist nur zu erhalten möglich, wenn sie den Ton angibt. Was aber eine Sache der That ist, glaubte man durch einen Paragraphen auf dem Papier erledigen zu können!

Der Fortschritt.

So wunderlich dieser Missgriff erscheint, so tritt er doch gleichermassen auch bei den entgegengesetzten Bestrebungen zu Tage. Die Männer der Bewegung begehen ihn erst recht, denn die Macht die ihnen erreichbar wird, sind sie alsbald beflissen, in Verfassungs- und Gesetzesparagraphen niederzulegen.

Unsere Zeit leidet daher an einer Gesetzesfabrikation, wie sie noch niemals, so lange die Erde existirt, irgendwo grassirender gewesen ist. Kein Wunder, dass sich deshalb ein allgemeiner Degout bemerklich macht. Juristen und Laien ersticken unter den Fluthen der Weltverbesserung, die jahraus jahrein, fast ohne Unterbrechung über die Länder sich ergiessen und eine vollständige Verwirrung aller Rechtsbegriffe herbeiführen.

Der Föderalismus bietet dagegen das Princip des wahren Fortschritts. Das freie Wirken

der Kräfte, wie es seinem Princip entspricht, ist ein stetes Bewegen und Regen. Nirgends darf es einen Punkt geben, der Stillstand wäre, und bildet sich ein solcher Punkt, so werden andere Kräfte statt seiner wirkend auftreten. Auf diese Bewegung des mannigfaltigen Lebens seinen Blick richtend, kann der Föderalismus nach seinem oben angeführten Princip nicht der Versuchung unterliegen, einem anderen Fortschritt zu huldigen, als welcher allein darin besteht, nach dem Masse der speciell auftretenden Bedürfnisse Neuerungen zu schaffen.

Es ist eine Manie der Menschen, für jedes Bedürfniss, das sich zeigt, für jeden Mangel, der fühlbar wird, alsbald ein selbstgemachtes systematisches Mittel anbieten und wo möglich mit Gewalt durchsetzen zu wollen, wobei das Kind jedesmal mit dem Bade ausgeschüttet wird. Als die besten Aerzte gelten längst die, welche danach verfahren, dass die Natur die beste Heilkünstlerin ist. Wann wird man endlich auch den Krankheiten der Gesellschaft gegenüber zu dieser vernünftigen Praxis sich bekehren? Dann, wenn man sich zu der Selbsterkenntniss bequemt, zu welcher der Föderalismus mahnt, dass der Organismus der Gesellschaft ein Wesen ist, das nicht nach einigen elementaren Schulbegriffen eingerichtet ist, sondern ein Leben führt, das wegen seiner vielverzweigten und überweltlichen Beziehungen sich nicht mit dem kleinen Menschenverstand dominiren lässt.

Die Freiheit.

Auf diese Erkenntniss gründet sich zugleich, dass der Föderalismus auch das Princip der wahren Freiheit ist. Nicht umsonst hat die Freiheit so hohen Klang und nicht trügerisch ist es, dass sie so vielen als das Heilmittel erscheint, das helfen kann. Es ist leider nur fast immer die Art der Freiheit, auf die man seine Hoffnung setzte, eine trügerische gewesen. Die wahre blieb deshalb, wie Saphir nicht übel bemerkt hat, stets wie das Ideal der Liebe: „die Zukünftige“. Das ist nicht Freiheit, dass Jeder in jedem Augenblicke thun und lassen kann, was ihm beliebt, denn nach der That bezeugt ihm das Gewissen oft in empfindlichster Weise, dass sie im Gegentheil ein Act der tiefsten Unfreiheit gewesen ist. Noch weniger ist Freiheit, was jene Theorie des Liberalismus ersonnen hat, welche ich schon oben als Humbug bezeichnet habe, die statt des Fisches eine Schlange bietet.

Die Freiheit, von der wir singen, dass „wir sie meinen und dass sie unser Herz erfüllt“, kann nur die sein, dass wir unbehindert sind, nach dem zu leben, was wir sind, nach der Kraft zu wirken, die in uns ist, will sagen die Freiheit unseres Berufs. Dies ist die Freiheit, deren Ausübung befriedigt und für die der Föderalismus die Verwirklichung bietet.

Mit Recht begehrt man die Selbstregierung. Aber wie wäre diese möglich? Nur dadurch offenbar, dass man es aufgibt, Alles von einem Centrum aus regieren lassen zu wollen. Also fort mit der Centralisation, denn mit dieser wird man nur immer als plebs contribuens um alle Freiheit sich betrügen. Der Ruf nach Decentralisation, der aller Orten sich erhebt, zeigt, dass man diese einfache Wahrheit zu begreifen begonnen hat. Aber, was man meist unter diesem Titel betreibt, ist nur der Namen der Sache, eine Decentralisation von Centrums Gnaden. Oder sind diese „Autonomieen der Gemeinden“, die nicht einmal ihren Bürgermeister frei zu wählen berechtigt sind, sind diese Kreisverfassungen und dergleichen, die man von oben herab fabricirt, etwa eine factische Decentralisation und nicht vielmehr blos eine gleiche Täuschung, wie es die des „Repräsentativsystems“ war? Was nicht auf sich selbst steht, nicht aus sich selbst heraus sich bildet, wird niemals lebensfähig werden. Die Decentralisation kann nur im Wege der Bethätigung von den

verschiedensten Punkten aus gedeihen, und so lehrt der Föderalismus, so mahnt dringend die Zeit, sie in Angriff zu nehmen. Jeder an seinem Theil, jeder nach der Stellung, die er hat, kann dazu Hand anlegen, jeder Einzelne, wie jede Gemeinschaft und das Mittel wird überall sein, in freier Vereinigung nach den verschiedenen Bedürfnissen und Aufgaben des Lebens der Centralisation die Concurrenz zu machen, in welcher sie endlich zur Ohnmacht herabsinken wird.

Hiermit glaube ich, meine Erörterung bis zu einem Punkt geführt zu haben, auf welchem man den Vorwurf fallen lassen wird, der so oft noch gehört wird, als sei das föderative Princip nur eine neue Illusion zu den bisherigen, ein Vorwurf, den man natürlich um so stärker erhebt, je mehr man ihm die Anerkennung eines idealen Principes zu zollen nicht umhin kann.

Allerdings will der Föderalismus ein ideales Princip sein und muss es sein wollen, er kann darauf nicht verzichten. Er erhebt sogar den Anspruch, das idealste zu sein, das erwählt werden kann, denn ohne Zweifel ist die Idee des Reiches Gottes, die sein Princip ist, die idealste, welche Menschen zu denken vermögen. Aber die Anwendung, welche er davon auf das Leben macht, zeigt, dass er zugleich das practischste Princip ist und zwar practisch für das Leben und die Menschen, so wie sie sind, und nicht, wie sie ein Rousseau für die Verwirklichung seiner Idee als „Götter“ voraussetzte.

Ein Blick auf die wichtigsten der obschwebenden Tagesfragen wird dies belegen, vor Allem jene thörichte Sorge verscheuchen müssen, dass man für alles Bestehende den Boden verlieren und einem völligen unberechenbaren Chaos sich überliefern werde, wenn endlich einmal mit dem Föderalismus überall Ernst gemacht wird. Im Gegensatz zu dieser Sorge wird er sich als das einzige Mittel erweisen, um gerade dem Chaos zu entinnen, vor das man sich gestellt sieht, indem man die föderalistischen Grundsätze missachtet, und welches in nichts Geringerem besteht, als dass die Gesellschaft, wenn es auf den Bahnen des Absolutismus, so weiter geht, demnächst die Beute eines gleichzeitigen Religions-, Classen- und Racen-Kampfes werden muss.

Die kirchliche Frage.

Fassen wir zunächst die kirchliche Frage in's Auge. Die Einheit der Kirche bildet einen Glaubensartikel der Christen und die Trennung in verschiedene Confessionen wird von jedem christlichen Herzen schwer empfunden. Wo sich daher auch der Glaube lebendig regt, tritt immer alsbald der Gedanke der Einheit auf, um für die Wirklichkeit Gestalt zu gewinnen. Aber welch' merkwürdige Thatsache zeigt sich uns? Diese Einheitsbestrebungen, wie sie namentlich in den letzten Jahrzehnten zur Vereinigung der beiden protestantischen Kirchen gemacht wurden, haben die Spaltung nicht gemildert, sondern vielmehr verschärft und vermehrt.

Gerade an dem Unionswerk ist bekanntlich der Confessionalismus neu erstarkt und zu den bisherigen Kirchen hat Deutschland unter dem Namen von Unionskirchen nur noch einige mehr bekommen. Weil man den Gedanken der Union wieder nur

absolutistisch zu fassen verstand, geschah es nicht nur, dass man das kirchliche Friedenswerk mit Hilfe von Gensdarmerie in Scene setzte, sondern, dass man die verschiedensten Bekenntnisse formulirte, die die Zwangsjacke für eine protestantische Einheit bilden sollten, während man sich gegen die Katholiken um so schärfer verschloss. Im Gegensatz dazu würde föderative Anschauung die meist von den besten Absichten geleiteten Männer der Union belehrt haben, dass Gott allein die Einheit der Kirche zu schaffen vermag, und dass vermessen mit menschlicher Unwissenheit in sein Werk eingegriffen wurde, wenn man Gegensätze als indifferent unterdrücken wollte, deren Entwicklung gerade zur Erkenntniss derjenigen christlichen Auffassung zu führen berufen ist, welche Gottes Rathschluss für eine wahre Vereinigung der Gläubigen ersehen haben wird. So wäre die Ungeheuerlichkeit vermieden worden, gegen welche der confessionalistische Geist sich mit Recht empören musste, dass christliche Einigung sich auf der Verleugnung heiligster Ueberzeugungen aufbauen sollte. Gemeinsame Ueberzeugungen lassen sich nicht machen, aber soweit sie gemeinschaftlich sind, gilt es sie gemeinschaftlich zu bethätigen. An diesem Punkte also allein auch müssen die Einheitsbestrebungen ansetzen. Sowohl die Einzelnen wie die kirchlichen Obrigkeiten haben sich zur Erfüllung der practischen Aufgaben zu vereinigen, welche der gemeinsame christliche Glauben ihnen stellt

und in deren Erfüllung sie sich durch ihre verschiedenen Begabungen handreichend ergänzen.

Die wichtigste dieser Aufgaben aber ist offenbar die Bekämpfung des Unglaubens, und keine Zeit, seit den ersten Tagen der Christenheit hat sie dringender gestellt, als die heutige, keine also auch bietet so sehr die Gelegenheit und die Aufforderung zu einer Einigung in so bedeutungsvollem Massstabe, wie gerade die Gegenwart.

Leider zeigt der sogenannte Culturkampf uns die traurige Thatsache, dass die Christenheit diese Aufforderung, dem gemeinsamen Feind in brüderlicher Einigung entgegenzutreten, nicht versteht, und nur mit doppelter Betrübniß kann es von evangelischem Standpunkt ausgesprochen werden, aber verhehlen lässt es sich nicht, dass die Schuld solcher Schmach gerade die Evangelischen trifft. Von der katholischen Kirche finden wir nur einzelne Abgefallene mit den Schaaren des Unglaubens sich in Reihe und Glied formiren, aber unter den Evangelischen ist es umgekehrt. Nur das kleine Häuflein der Renitenten in den beiden Hessen und einzelne zerstreute evangelische Männer finden wir mit freiem Blick und unerschrockenem Muth am rechten Platze kämpfen. Darum aber auch ist das Verdienst um so grösser, das sie um die Ehre des Protestantismus sich erwerben.

Die ungetheilte Achtung in den Reihen des Katholicismus ist der Lohn, den das Häuflein sich

bereits erstritten hat, gegenüber der verdienten Geringschätzung, welche die übrigen trifft, sei es, weil sie aus ihrem Servilismus sich nicht zur That emporzuraffen vermögen, auf die ihr kirchliches Gewissen sie hinweist, sei es, dass sie in ihrer Angst vor den Ideen des Papstthums geistlos und glaubenslos genug geworden sind, sich der weltlichen Macht in die Arme zu werfen und deshalb auch die eigene Kirche an die Anforderungen des Staates verrathen.

Ich habe diese Anforderungen schon oben als das gekennzeichnet, was sie sind, nämlich als die Anforderungen des antik-absolutistischen Staates, zu welchem uns der Unglaube zurückgeführt hat, und in welchem er daher auch das alleinige Machtwort zu führen beansprucht. Alle Versuche, diesen Sachverhalt zu verdunkeln, sind vergeblich, so namentlich der Versuch, den Culturkampf in dem unschuldigen Licht eines einfachen Grenzstreites darzustellen. Handelte es sich wirklich um einen solchen Grenzstreit zwischen Staat und Kirche, so verstünde sich doch wohl von selbst, dass in diesem Streit nur drei Möglichkeiten bestehen, dass entweder ein höherer Dritter erscheint und ihn durch sein Urtheil schlichtet, oder dass die beiden Streitenden sich verständigen, oder dass eben der Streit fort dauert, in welchem dann natürlich jeder Theil diejenige Grenze mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten sucht, die er nach seinem Ermessen für die richtige hält. Nichts bestreiten

die Culturkämpfer aber doch lebhafter als das letztere, vielmehr soll es das Monopol des Staats sein, im Fall der bestehenden Differenz allein die Gewalt zu seinen Gunsten gebrauchen zu dürfen.

Wo nun, frage ich, steht denn das Gesetz geschrieben, dass der Staat auch dann, wenn es sich um die Frage handelt, ob er nicht seine Grenze überschreitet, vor dem Gegner ein solches Monopol voraus habe. Es gibt natürlich nirgends ein solches Gesetz, aber es fällt deshalb auch vor dieser einfachen Frage das ganze Gerede über die Feststellung der Grenzen in seiner Gedankenlosigkeit zusammen. Die oberflächlichste Betrachtung hätte übrigens zu dieser Erkenntniss auch schon um deswillen führen müssen, weil sich in der Hauptsache der Streit doch darum dreht, ob die Kirche bei Anstellung ihrer Diener selbstständig sein soll oder nicht, denn wenn das nicht eine Frage innerhalb der Kirche sein soll, so wird man die Grenze, wo das Gebiet der Kirche anfängt, getrost in den Sternen suchen müssen.

Schwerlich ist es auch anders gemeint und die Naivetät, mit der man den Culturkampf zugleich im Interesse eines protestantischen Kaiserthums mit obligater Nationalkirche preist, beweist, wie tief sich die Geister in den blanksten Staatsabsolutismus gegenüber der Kirche verrannt haben.

Wie klar und einfach stellt sich dieser kulturkämpfenden Ungereimtheit gegenüber die Sache unter der Betrachtung des Föderalismus? Indem

dieser nicht von dem abstracten, in dieser Schrift bereits wiederholt bekämpften Begriff Staat ausgeht, vermag er sich ohne Vorurtheil die Frage vorzulegen, was die Kirche ihrem Princip nach ist und sein soll, um ihr für die Bethätigung dieses Principes die vollste Freiheit zu sichern. Er muss von diesem Standpunkt aus jede Beherrschung der Kirche seitens einer Macht, die nicht zu ihr gehört, auf das Entschiedenste verwerfen. Der Summe-episcopat, wie ihn die evangelische Kirche als eine Macht des Landesherrn kennt, so dass der Landesherr als solcher das Kirchenregiment führt, erscheint ihm als ein Widerspruch in sich selbst, dessen durch die Religionslosigkeit des modernen Staats sich immer mehr aufnöthigende Beseitigung er nur begrüßen kann. Darum ist er jedoch keineswegs für die sog. Trennung von Kirche und Staat. Im Gegentheil versteht es sich von selbst, dass er für die Vereinigung der geistlichen und weltlichen Macht ist, nur allerdings eben unter strengster Wahrung ihrer beiderseitigen Selbstständigkeit, also für eine Vereinigung im Wege der freiesten Verständigung.

Die Macht und der Einfluss auf die Gewissen ist einer der bedeutendsten Factoren, mit welchem weltliche Obrigkeit zu rechnen hat, und diese hat sich daher im eigenen Interesse überall unterstützend und fördernd der Kirche gegenüber zu erweisen, ohne jedoch irgendwie die Mittel zu einem Gewissenszwang zu bieten. Die ge-

änderte Zeit hat es mit sich gebracht, dass manches, was früher den Character eines solchen Zwangs nicht hatte, ihn nunmehr annahm. Der aufkommende Unglaube musste einen Zwang darin finden, die Kinder in eine Schule schicken zu müssen, die specifisch christlichen Unterricht ertheilt, er musste Anstoss daran nehmen, die Ehe nicht anders eingehen zu können, als in den Formen, welche die christliche Ordnung dafür gibt, obwohl beides nur dadurch zu einem Gesetz geworden war, dass es der Kirche in freier Bethätigung ihrer sittlich erziehenden Macht gelungen war, die christliche Schule wie die christliche Ehe durch Gewohnheitsrecht zu einer Volksinstitution zu erheben. Aufgabe der weltlichen Obrigkeit war es, ihre Mitwirkung soweit abzuberechnen, als diese Aenderung sich geltend machte, aber nicht wie es geschehen ist, nun umgekehrt Alles auf den Unglauben einzurichten, zum Theil unter directer Verletzung kirchlicher Eigenthumsrechte, wovon die Folgen schon anfangen, die schwärzesten Prophezeihungen wahr machen zu wollen. Aus dem früheren kirchlichen Gewissenszwang ist dabei ein viel unerträglicherer staatlicher geworden. Muss es nicht dem Gläubigen schwerer angehen, sein Kind dem Gifte des Unglaubens in der Schule des modernen Staats auszusetzen, als dem Ungläubigen umgekehrt, der es immer leicht hat, den Waizen des ihm verhassten Religionsunterrichts mit Unkraut zu ersticken? Muss es nicht dem Gläubigen eine

grössere Beleidigung seines Gefühls sein, den Beginn seiner Ehe von dem Altar an den Tisch eines Standesbeamten zu verlegen, als dem Ungläubigen umgekehrt, der es selbst heute noch fertig bringt, der Macht der Sitte gegenüber sich mit seiner Braut vor den Altar zu bequemen?

Wie man es sich dabei zu erklären hat, dass Namens des religionslosen Staats in den Schulen Religion gelehrt wird, im günstigsten Fall nach der Art jenes Candidaten, der sich erbietet, seinen Zögling nach Belieben katholisch oder lutherisch oder reformirt zu unterrichten, dass Ehen Namens des Staats geschlossen werden sollen, wo doch die Ehe bestand, ehe je ein Gedanke an „Staat“ in der Welt war, eine Ungereimtheit, welche die neueste ministerielle Theorie bis an die Grenze ausgedehnt hat, dass man auch Namens des Staates geboren wird und Namens des Staates stirbt und was dergleichen Ungereimtheiten mehr sind, will ich nur andeutungsweise in Frage gestellt haben.

Wenn nun auch der Föderalismus mit solchen Ueberspanntheiten nichts zu schaffen hat, so liegt es doch in seinem Princip, dass er das Recht vollkommen anerkennt, gegen jede absolutistische Ausschreitung der Kirche sich zu wahren. Der Culturkampf wäre desshalb nicht zu tadeln, wenn er irgendwo von dem Nachweis ausginge, dass in einer bestimmten Beziehung die Kirche ihre Macht missbraucht habe, und wenn

er sich darauf beschränkte, dieser Anmassung gegenüber das Recht und die Freiheit zu sichern. Statt dessen liegt vor, dass man den Anlass nur dem Widerspruch gegen die Idee der päpstlichen Unfehlbarkeit entnahm, von der man fürchtet, dass sie einmal Macht gewinnen werde.

Darauf ist vom Standpunkt des Föderalismus einfach Folgendes zu sagen: Glaubt man wirklich, dass diese Gefahr nur mit Executionen, Gefängniss u. s. w., nicht mehr mit dem Aufgebot der geistigen Bildungsmittel, die man besitzt und nach allen Richtungen zu vervielfältigen und anzuwenden unbehindert ist, zu vermeiden sei, so soll man gleich heute lieber als morgen die Erklärung abgeben, dass man schon viel zu ohnmächtig geworden ist, um noch nach Canossa gehen zu können.

Die sociale Frage.

In Wirklichkeit ist in diesem Sinn der Culturkampf schon so gut wie entschieden, denn, wenn man nicht glauben will, dass die „letzten Tage“ gekommen sind und Preussen berufen sei, die Rolle des Antichrist's zu übernehmen, so kann nichts gewisser sein, als dies, dass sich im Anschluss an die Kirche der Geist der Freiheit gegen die Tyrannei eines „unbedingten Gehorsams“ zu mächtigster Reaction erheben muss.

Abermals ist es die Kirche daher, welcher die grosse Mission zugefallen ist, durch siegreiche Bekämpfung des absolutistischen Staatsgedankens Raum für eine Neuordnung der Dinge zu schaffen. Das Bewusstsein der Kirche und dessen Geltendmachung, nämlich einen Beruf zu haben, der vor keiner menschlichen Souverainetät sich zu beugen braucht, ist der alleinige Grundstein einer wahren Organisation der Gesellschaft, und wenn ich sage, dass,

was die Kirche in dem Culturkampf sich erkämpft, nicht ihr allein, sondern im Princip vollkommen gleicher Massen jeder Genossenschaft gehört, die auf Grund eines Berufes sich bildet, ja selbst jedem Einzelnen für das, was er als seinen Beruf erkennt, so habe ich damit den Grundsatz bezeichnet, auf welchem sich jede gesunde sociale Ordnung aufbaut, und von welchem auch heute von neuem die sociale Frage ihre Lösung finden wird. Ein Fortschritt allerdings gegenüber dem Mittelalter ist dabei nothwendig, aber er ist auch in dem Princip des Föderalismus enthalten, dadurch nämlich, dass dies Princip ebenso wie bei der Kirche so auch bei allen socialen Genossenschaften die strengste Fernhaltung eines jeden monopolistischen Zuges bedingt. Der viel angegriffene Feudalismus des Mittelalters war eine Ordnung föderalistischer Art in Vermengung mit solchen Zügen des Absolutismus.

Die Ansichten über die sociale Frage haben sich vornehmlich in dem letzten Decennium, man kann wohl sagen, in einer wahrhaft überraschenden Weise geklärt.

Das Evangelium der „freien Concurrenz“, an das man sich mit einem Aberglauben hingegen hatte, der in unseren erleuchteten Zeiten komisch erscheinen musste, ist thatsächlich einer unbarmherzigen Kritik verfallen und hat Zustände aufkommen lassen, die ein wahres Ende mit Schrecken in Aussicht stellen, denn sie zeigen, dass demnächst

die Herrschaft derer unvermeidlich sein muss, welche die sociale Frage unter dem Schein des Petroleums zu lösen versprechen. Gegenüber solchen Aussichten, hat der Liberalismus, der sie selbst heraufbeschworen, sich in die Arme der „Staatsgewalt“ geflüchtet, die mit ihrem Militarismus noch allein ihm eine Bürgschaft zu gewähren scheint. Aber ist denn nicht gerade dieser Militarismus nur der äussere Ausdruck jener grossstaatlichen Selbstsucht, welche durch die Permanenz der Kriegsgefahr und die damit verbundene haarsträubende Stockung aller Geschäfte die sociale Krankheit der Gesellschaft nur um so acuter gemacht hat, und ist nicht auch abgesehen davon, das Vertrauen auf solche Hilfe längst durch das Wort Mirabeau's gerichtet, der zu bedenken gab, dass man auf Bajonetten nicht gut sitzen kann? Der Feldmarschall Moltke hat nicht unrichtig, als er die Militärgerichtsbarkeit vertheidigte, darauf aufmerksam gemacht, dass das „Volk in Waffen“ auch „Spitzbuben unter den Waffen“ bedeute. Mit mehr Grund noch wird die Bourgeoisie zu bedenken haben, dass das Volk in Waffen auch den Socialismus unter Waffen bedeutet. Was zu schützen bestimmt ist, kehrt sich so vielmehr als Spitze gegen die eigene Brust, wird zur Waffe in des Gegners Hand.

Woher aber rührt diese rasche Umwandlung aus einem Gläubigen der Freiheit, in der sich Alles von selbst trefflichst zu einem wahren Füllhorn

des Friedens und Segens gestalten sollte, in einen Gläubigen des Säbels? Woher rührt die Thatsache, dass man statt der freiheitsschwärmerischen Idee, die man ermüdend ableyerte, als die Geschäfte gut zu gehen schienen, nun sich nicht schämt in neuer Auflage gegen die Socialisten den alten Vers zu beten: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten? Die Frage beantwortet sich unendlich einfach, dahin nämlich, dass es eben eine lügnerische Freiheit war, für die man sich begeistert hatte, und dass man deshalb zur gerechten Strafe dem Schrecken von unten und der Knute von oben verfallen musste. Es war zwar die freie Concurrenz ein durchaus richtiger Grundsatz und man soll sich hüten, seine Wahrheit zu verkennen und etwa in Irrthümer zurückzufallen, gegen die er den berechtigten Fortschritt bot, wie dies in einzelnen Beziehungen bei höchst löblichen Bestrebungen jetzt hervortritt. Das Lügnerische der Freiheit lag vielmehr darin, dass man mit jenem Grundsatz nur einzelne Monopole beseitigte und eine Anzahl der gewichtigsten und darunter gerade die gefährlichsten und unsittlichsten, nämlich diejenigen des Capitals bestehen liess, so dass es der Egoismus der materiellen Habsucht war, der sich exclusiv der neuen Freiheit bemächtigte. Die Freiheit der Concurrenz war auf diese Weise nur ein System der Ausbeutung und der Unterdrückung. Man wird also eines-theils darauf dringen müssen, dass sie nunmehr

endlich zu einer vollen Wahrheit werde und sodann darauf, dass der rechte Geist sich ihrer bemächtigt. Ein Drittes gibt es als Heilmittel nicht und Alles, was man sonst etwa thut, sind nur neue Fehlgriffe, oder besten Falls kleinliche Hilfsmittel, die nicht durchgreifend zu bessern vermögen. Die freie Concurrenz ist in den Augen des Föderalismus nicht nur das „Organ der höchsten Wirthschaftlichkeit“, sondern sie ist ihm vielmehr das Organ der gesamten Weltökonomie überhaupt. In jenem Sinne kann sie nur der rohe Wettkampf der materiellen Einzelinteressen, ein reiner Naturprocess sein, aber in diesem ist sie selbstverständlich ein freier Wettstreit der menschlichen Kräfte, unter Wahrung des persönlichen Principes, ein Process nach dem Grundsatz des „sittlichen Reiches“.

Es gibt eine Menge von Handlungsweisen auf dem wirthschaftlichen Gebiet, welche einem allgemeinen sittlichen Bewusstsein widerstreiten, indem sie das äussere Gut, ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit der Menschen, zum alleinigen Ziel nehmen. Sie sind verwerflich und es macht sich in dieser Beziehung ein erfreulicher Fortschritt in der Gesetzgebung geltend, wenn dagegen, wie z. B. durch das Verbot der Kinderarbeit u. dergl. eingeschritten wird. In der Hauptsache aber stellt sich unter dem Gesichtspunkt des Föderalismus, wie ich ihn oben gekennzeichnet habe, die sociale Aufgabe dahin, die Freiheit der Concurrenz für die Bil-

dung der Genossenschaften auf Grundlage der besonderen Berufsarten zu verwerthen. Unsere Zeit hat für die Bildung solcher Genossenschaften in sichtlichster Weise wieder eine belebte Richtung angenommen. Der Associationstrieb regt sich auf das Mannigfaltigste und Bestimmteste. Speciell im Interesse der Arbeiter und des kleinen Gewerbes haben sich nach englischen Vorbildern Männer, wie Schulze-Delitzsch und V. A. Huber, Verdienste erworben, die man unbedingt auf das Wärmste anerkennen muss und die der Nacheiferung bedürfen. Aber mit Recht hat man auch andererseits das Unzureichende dieser Art von Associationen gerügt. Nur war es eine Verkehrtheit, dass man den Streit darüber unter der Frage: ob Staatshilfe oder Selbsthilfe ausfechten zu können glaubte. Die Wahrheit, die man dabei verkannte und noch heute fast allgemein verkennt, liegt so sehr über diesen beiden Gegensätzen, dass man viel eher ohne Weiteres sagen könnte, sie bestehe in der Combination einer staatlichen Selbsthilfe. Darin nämlich liegt sie, dass sich Genossenschaften bilden, nicht bloß um der rein äusserlichen Interessen willen, eingeschränkt auf das Gebiet des reinen Privatrechtes, wie sie in den Vorschuss- und Consum-Vereinen und in den Associationen zu gemeinsamer Beschaffung der Rohmaterialien oder auch der gemeinsamen Production sich gebildet haben, sondern dass zum Princip der Vereinigung vor Allem

das des gemeinsamen Berufes, die besondere Ehre und das besondere Recht, das sich daran knüpft, erhoben werde. Es fällt Jedem in die Augen als eine der gewichtigsten Thatsachen des Volkslebens, wie die natürlichen Beziehungen des Besitzes und der Arbeit ein Reich besonderer Anschauungen bilden, da jeder Beruf seine sittlich natürlichen Eigenthümlichkeiten besitzt. Zur Wahrung aber dieser Eigenthümlichkeiten ist nicht der Einzelne befähigt, sondern dazu bedarf es eben unbedingt der Vereinigung der Berufsgenossen. So ist z. B. das Verhältniss des Meisters zum Lehrling eine Eigenthümlichkeit des Handwerkerstandes, von der Niemand sich verhehlt, welche unermessliche Bedeutung sie für den goldenen Boden des Handwerks und damit für das Volksleben insgesamt hat. Welche Kurzsichtigkeit aber, dass man diese Frage in den heutigen Organisationsplänen etwa in einem Sinne berücksichtigt, der in den alten exclusiven Zunftgeist zurückfällt, nicht aber in dem wichtigsten Punkt, in welchem er als eine Vereinigung zur Handhabung der als eine sittliche Nothwendigkeit erkannten Disciplin des Meisters erscheint. Die Vereinigungen der Meister, der Gesellen, der Arbeiter nach diesen gemeinsamen höheren Motiven, die aus der Ehre ihres Arbeitsberufes entspringen, Vereinigungen, welche frei entstehend und frei nach Aussen hin wirkend, doch in sich auf eine obrigkeitliche Ordnung hinausgehen, sie sind es, die in erster

Linie ins Auge zu fassen sind, und die, wo sie sich bilden, der Untertützung und Förderung Seitens der bestehenden weltlichen Obrigkeit ebenso begegnen müssen, wie die Kirche, welche ihrerseits durch ihre sittlich religiöse Arbeit berufen ist, in dem Stand der Arbeiter und Handwerker den entsprechenden Geist zu wecken und zu veredeln.

Damit aber ist auch der Weg bezeichnet, auf welchem die Gesellschaft aus dem staatlichen Absolutismus sich emancipieren wird, ohne, wie gefürchtet wird, der Anarchie zu verfallen. Aus einer Existenzform, in welcher ein absolutistischer Wille regiert, alles nur von einer einzigen Stelle aus centralistisch sein Princip der Ordnung empfangen soll, wird sich auf diese Weise die Gesellschaft in einen Pluralis von Autoritäten verwandeln, der nicht bloß eine Bürgschaft dafür bietet, daß die Freiheit immer eine Stätte behält, in der sie sich vor ungerechter Bedrückung ein Asyl suchen kann, sondern auch dafür, daß die Autorität nicht in übermenschlicher Ueberspannung sich selbst untergräbt.

Man hat die soziale Frage vom conservativen Standpunkt aus bisher meist nur von dem Interesse aus betrachtet, wie die Unterlage für die Bildung einer vernünftigen Volksvertretung zu beschaffen sei. In diesem Interesse hat man von der Nothwendigkeit einer ständischen Gliederung des Volks und von der Anbahnung einer „Interessenvertretung“ gesprochen. Dadurch hat man die Hauptsache jedoch zum Mittel einer Nebensache

degradirt, denn ohne allen Zweifel wird eine wahre sociale Gliederung des Volks dahin führen müssen, dass die Bildung und die Thätigkeit der sogenannten parlamentarischen Körper zu einer höchst secundären Bedeutung herabsinkt. Die sogenannte Volksvertretung wird alsdann nicht mehr die Grundlage der täglichen Ordnung sein, so dass die Maschine der Regierung dem Stillstand preisgegeben ist, wenn nicht alljährlich eine parlamentarische Versammlung so und so viele Male ihre kostspielige Komödie gespielt hat, vielmehr wird, wie dies bereits als Voraussetzung jeder wahren Freiheit bezeichnet wurde, endlich ein Zustand geschaffen sein, in welchem das Selfgovernment seine Verwirklichung findet. Was dieses letztere gewinnt, muss der Parlamentarismus mit seinem gesetzgeberischen Centralismus einbüßen. Dagegen aber wird ein erneutes Bedürfniss nach einer Macht sich regen, welche über dem Conflict der Interessen der verschiedenen einzelnen Kreise der Gesellschaft erhaben, als Schutz und Schirmherrschaft waltet und vermittelnd und anregend auftritt. So wird sich dann das Königthum wieder zu seiner alten Bedeutung erheben, die es als absolutistische Macht nothwendig mit der ihm jetzt noch verbliebenen Ohnmacht eines parlamentarischen Schattenkönigthums vertauschen musste.

Die Frage der grossen Politik.

Dadurch dass nach den Grundsätzen des Föderalismus der Staat, als ein für sich abgeschlossenes Wesen, verschwindet, ist endlich auch diejenige Ordnung angebahnt, auf welcher der Friede der Nationen und Volksstämme gedeihen kann, denn wie wäre dieser Friede anders möglich, als durch gegenseitige Anerkennung der Nationalitäten und Stämme, wie sie sich auch vorfinden mögen, wodurch anders, als dadurch, dass jede Nationalität und jeder Stamm überall, auch da, wo es sich nur um einen ganz kleinen Theil handelt, nicht nur nach dem Gesetze der Eigenthümlichkeit leben kann und von allen Eingriffen staatlicher Uniformität, Sprache betreffend etc. verschont bleibt, sondern auch dass jede Nationalität und jeder Volksstamm unbehindert mit den Genossen gleichen Ursprungs in Verbindung treten kann, um die besonderen Gaben ihres Wesens gemeinsam zu entfalten. Der herrschende Staatsgedanke ist dagegen

die Pandorabüchse, aus welcher allein fast die Kriege entspringen, denn von ihm ist jener particularistische Egoismus untrennbar, der in der vorchristlichen Zeit den Verkehr der Völker untereinander zu einem völlig rechtlosen machte. Indem der Staat als eine souveraine Einheit gedacht nach einem praktischen Princip seines Daseins suchen musste, konnte es, nachdem der fürstliche Absolutismus sich als unhaltbar erwiesen hatte, nur verzeihlich erscheinen, dass man nunmehr auf die Nationalität verfiel. Damit aber ist seitdem unvermeidlich eine doppelte Kriegsursache gegeben, einmal nämlich, weil die bestehenden Verhältnisse mannigfach mit dem Nationalitäts-Princip widerstreiten, das nunmehr sich als das alleinig grundlegende geltend machen will und sodann, weil mit dem nationalen Staat der particularistische Egoismus noch viel rücksichtsloser auftritt, als dies bei andern Motiven möglich ist. Nur von der Idee der nationalen Einheit aus, ist Macchiavelli im Stande gewesen, seine haarsträubenden Grundsätze aufzustellen, in welchen der Wortbruch, der Dolch und das Gift eine ehrbare Rolle spielen, und nur in Folge derselben Idee hat die Gegenwart dahin kommen können, dass der Grundsatz: „Der Staat kennt keine Moral“ mit offener Stirn in ihr aufzutreten wagt. Es ist vergebliche Mühe diese Verirrungen bekämpfen zu wollen, so lange man nicht die Axt gegen die Wurzel des Uebels führt, und wahrhaft kindlich ist es, inmitten

solcher Anschauungen und angesichts des gegenwärtigen Status quo mit Abrüstungsvorschlägen den Friedensapostel spielen zu wollen. Ich verkenne durchaus nicht die edelherzigen Absichten, aus denen diese Bemühungen um die Herstellung eines „ewigen Friedens“ hervorgehen, und halte es für verwerflich, sie mit der Resignation zu beantworten, dass der Krieg ja eine Nothwendigkeit sei. Was man aber vor allen Dingen zu erwarten berechtigt gewesen wäre, war doch sicher, dass man sich nicht mit jenen Vorschlägen, wie kürzlich geschehen, gerade an die Adresse desjenigen Reichs gewendet hätte, dem die grassirende Nationalitätsidee wie ein Pfahl im Fleische sitzt, nämlich Oesterreichs.

Es gibt schwerlich einen Punkt der Erde, auf welchem der Absolutismus und der Föderalismus in tiefgreifenderem Gegensatz als gerade hier aufeinanderstossen, denn der Gegensatz beider Principien zeigt sich hier in der Weise, dass er mit der Frage um Sein oder Nichtsein zusammenfällt, nämlich, dass auf dem Standpunkt des ersteren Oesterreich zu existiren aufhören muss, dass dagegen auf dem Standpunkt des letzteren diesem Reich die Bedeutung zukommt, wegen deren Palacky das Wort aussprach, dass „Oesterreich, wenn es nicht existirte, erfunden werden müsste“. Dennoch hat es das Verhängniss gewollt, dass die herrschenden Parteien in Oesterreich darauf verfielen, es mit der

Idee „retten“ zu wollen, die den Gegensatz zu seiner Existenz bildet, und dass man den Föderalismus als finis Austriae in Verruf gebracht hat. Die Ergebnisse dieses Experiments liegen freilich zu Tage.

Indem dieses Völkergemisch der wunderlichsten Art wie es Oesterreich darstellt, ein einheitlicher Staat mit parlamentarischem Centralismus werden sollte, war damit der Krieg unter den Nationalitäten erklärt. Die erste Frucht dieses Fehlers war der Dualismus des Reichs, aber indem der Magyarismus und das Deutschthum des Handels einig wurden, sich in die Herrschaft zu theilen, war damit ein noch grösseres Zerwürf- niss mit den übrigen Nationalitäten, vornehmlich dem Slaventhum heraufbeschworen. Die Rolle, welche in diesem Zwiespalt der Magyarismus gespielt hat und noch spielt, ist durch seinen historischen Particularismus nichts Ueberrasschendes, aber die Art wie das Deutschthum die Idee „Cisleithanien“ im Sinne eines Staatswesens unter deutscher Herrschaft cultivirt, ist nur als ein unseliger Abfall vom wahren deutschen Beruf zu betrachten.

Oesterreich ist unter magyarisch - deutscher Politik zu einem Wesen geworden, das, so sehr man ihm auch den Teufel seiner Auflösung an die Wand malt, doch als wie in einer förmlichen Angst vor seiner Erstarkung und Ausdehnung lebt. Ein Anschluss an Deutschland wäre dem

Magyarismus zu viel deutsche Macht und eine Entwicklung nach Osten wäre den Magyaren wie den Deutschen zu viel slavische Macht, und so ist es eine der schwerwiegendsten Thatsachen der Gegenwart, dass der dominirende Egoismus zweier Nationalitäten Oesterreichs Beruf und die Macht, die ihm durch dessen Ausübung zufallen müsste, in geflissentlichster Weise untergräbt.

Die orientalische Frage dient dazu, dies in seiner ganzen Gefährlichkeit an's Licht zu bringen, sie zeigt aber auch wiederum recht augenscheinlich, wie sehr der staatliche Egoismus es ist, der die ganze europäische Politik vergiftet.

Was sollte anerkannter sein, als dass es jetzt auf der Balkanhalbinsel zur Frage geworden ist, welches das Recht der dort unterdrückten christlichen Bevölkerung gegenüber dem Halbmond ist, und dass nachdem diese Frage bereits zu einem hellodernden Kampf unter den schauderhaftesten Greuelthaten anwuchs, es eine unabweisbare Pflicht der europäischen Mächte ist, hier einzuschreiten.

Aber gerade der Anerkennung einer solchen Pflicht ist offenbar nichts so hinderlich, als der Gedanke, welcher die Menschheit in verschiedene, streng von einander getrennte, souveraine Kreise auflöst, da man in Folge dessen eine jede Einmischung untereinander als unberechtigt ansehen muss. Das hieraus entsprungene „Nichtinterventionsprincip“, welches aus eigennützigen Gründen jedoch immer bei Seite gesetzt wird, muss

von föderalistischem Standpunkt aus als die Ursache grober Unterlassungssünden betrachtet werden. Man ist zwar in dem vorliegenden Fall nicht im Stande gewesen, jenes Princip in seiner ganzen Schärfe aufrecht zu erhalten, denn schon das Verlangen der Reformen ging darüber hinaus, aber dass es bis dahin noch immer nicht zu einer entsprechenden Action der Grossmächte gekommen ist, worin liegt dies?

Niemand wird annehmen, dass dieselbe wegen irgend welcher Verschiedenheit in der rechtlichen Auffassung der Frage unterbleibt. Es ist vielmehr ein offenes Geheimniss, dass die Schwierigkeiten in dem gegenseitigen Neid bestehen, indem man die ganze Frage nicht in erster Linie als eine Angelegenheit der betroffenen Völker, sondern als eine Theilungs- und Interessen-Frage namentlich Russlands und Oesterreichs auffasste, als eine Frage um den staatlichen Besitz von Constantinopel u. s. w. Die russische Diplomatie, die man hauptsächlich deshalb beschuldigt, war wenigstens so klug, ihre etwaigen Expansionspläne unter dem Vorwand eines uneigennützigen Interesses für die Südslaven zu verfolgen. Sie erndtet in Folge dieses Auftretens sichtliche Erfolge, denen zuvorzukommen für Oesterreich durch die von Alters her bestehenden Sympathieen der Südslaven die wunderbarsten Chancen gegeben waren. Oesterreich war nach dieser Seite hin mit einer glänzenden Mission betraut und es würde sie ohne

grossen Aufwand zu seinem und Europas grösstem Vortheil haben erfüllen können.

Dass es dieser Mission nicht nachkam, lag abgesehen von inneren Gründen, nämlich der Sympathie der Ungarn für die Türken und deren Furcht vor dem Zunehmen der slavischen Macht, darin, dass man die Politik unter dem Bann des herrschenden Staatsgedankens betrieb, denn in Folge dessen war man von der Vorstellung geleitet, als müsste, um den nöthigen Einfluss auf der Balkanhalbinsel zu gewinnen, nothwendig annectirt werden, wobei der Conflict mit Russland dann unvermeidlich erscheinen musste. Man zog es deshalb vor, sein Interesse an die Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft zu knüpfen, eine Politik, die sich freilich in der Weise bereits gerächt hat, dass sie den gefürchteten Conflict nun erst recht heraufbeschwor. Wie der dadurch jetzt geschaffenen Situation zu entrinnen ist, darüber dürfte heute kein Zweifel mehr bestehen. Es wird nur dadurch möglich sein, dass man sich endlich entschliesst, wenn auch unter Achtung dessen, was die Treue aus dem bisherigen Verhalten zur Türkei auferlegt, frei und uneigennützig auf die Idee einer Conföderation der Völkerschaften an der unteren Donau einzugehen. Damit wird dann zugleich die Verständigung mit Russland gegeben sein. Man darf glücklicher Weise hoffen, dass diese Verständigung mindestens bereits angebahnt ist und selbst viele der heftigsten Gegner beginnen sich mit

einer Politik zu befreunden, die wieder an die Thaten des Prinz Eugen, an den Stolz Oesterreichs anknüpft. Wie ungleich viel besser aber für Oesterreich diese Dinge ständen, wenn man den Gedanken einer Conföderation, den die Natur der Verhältnisse aufdrängte, von jeher als Zielpunct der österreichisch-orientalischen Politik im Auge behalten hätte, ist eine Frage, welche vollkommen geeignet erscheint, den practischen Werth des Föderalismus begreiflich zu machen.

Eine tiefere Erwägung wird freilich lehren müssen, dass diese Conföderation auf die Dauer nur möglich ist, wenn sie in dem Zusammenschluss mit einem föderativ gestalteten Deutschland ihre Stütze findet.

Der Beruf Deutschlands.

Kein Volk der Erde birgt so sehr wie das deutsche die Voraussetzungen für eine föderative Entwicklung in ihrer ausgesprochensten Gestalt in sich, und keines ist so sehr seinen ethnologischen, geographischen und geschichtlichen Beziehungen nach geeigenschaftet, über sich hinaus als Träger des föderativen Princips zu dessen Verwirklichung zu dienen.

Ein flüchtigster Blick schon überzeugt davon, dass die Mannichfaltigkeit seiner territorialen Gliederung nicht ein willkürlich zu Stande gekommenes Resultat ist, dem in der Gegenwart die Wurzeln fehlten. Sie ruht vielmehr im Grossen und Ganzen erkennbar auf geographischen Verhältnissen und vor allem auf den Stammeseigenthümlichkeiten, welche sich bis in die Gegenwart noch nicht verwischt haben.

Das Verdienst, dass dies letztere nicht geschah, ist wesentlich ein dynastisches, aber eben das

Vorhandensein eines Fürstenstandes, eines „regierenden Adels“ ist auch einer der hervorstechendsten Züge, welcher Deutschland von den übrigen Mächten Europa's in nicht zu berechnender Weise unterscheidet. Es ist ihm damit eine um so viel höhere und edlere Aufgabe zugewiesen, als die Mehrheit von Fürsten jedenfalls für die rechte Regierungsweisheit, für das Verfolgen der höchsten und allseitigsten Ziele mehr Garantie bietet, als die Gewalt eines Einzelnen.

Das Verdienst der Fürsten Deutschlands für die Wahrung des hierdurch bedingten geistigen Reichthums des Volkslebens ist eine der leuchtendsten Thatsachen der deutschen Geschichte, die nur der schnödeste Undank zu verkennen vermag. Es tritt dies Verdienst auch namentlich in der kirchlichen Gliederung hervor, durch welche Deutschland wiederum einzig in seiner Art dasteht.

Was im Allgemeinen nicht ohne Grund als ein Nationalunglück angesehen wird, zeigt sich unter dem höheren Gesichtspunkt des föderativen Princips doch als ein unvergleichlicher Vorzug der deutschen Nation. Wäre das Nationale der höchste Gesichtspunct, so wäre allerdings die kirchliche Trennung nur zu beklagen, so aber wird man sich des Worts von Rückert erinnernd:

„Dass sie die Perle trägt, das macht die Muschel krank,“

auch dieser Trennung sich erfreuen können, weil durch sie die Voraussetzung gegeben blieb, unter welcher

das deutsche Volk zu der tief religiösen Leistungsfähigkeit gelangen konnte, in der es alle anderen Völker unbestritten überragt. Und man wird ein Verständniss dafür gewinnen, dass gerade durch diese innere religiöse Verschiedenheit Deutschland die Brücke bildet, durch die der Zusammenhang zwischen den übrigen confessionell geschiedenen Völkern gewahrt bleibt. Dazu kommt, dass es seiner politischen Gliederung wegen dem Absolutismus weniger als anderswo gelingen konnte, das sociale Leben zu nivelliren, so dass wir in Deutschland trotz allem doch auch bis heute noch unleugbar Stände besitzen, die nur zu neuer Bethätigung ihres Berufs zu erwecken sind.

Auf solchen Voraussetzungen war dem deutschen Volke die Aufgabe gestellt, welche schon Kant im Auge gehabt hat, indem er in seiner Schrift zum ewigen Frieden sagt: „Wenn das Glück es so fügt, dass ein mächtiges und aufgeklärtes Volk sich zu einer Republik bilden kann, so gibt diese einen Mittelpunkt der föderativen Vereinigung für andere Staaten ab, um sich an sie anzuschliessen, und so den Freiheitszustand der Staaten, gemäss der Idee des Völkerrechts zu sichern und sich durch mehrere Verbindungen dieser Art nach und nach immer weiter auszubreiten.“

Deutschland war bereits diese Republik seiner ganzen Anlage und Verfassung nach, denn was

wäre der deutsche Bund anders als eine Republik gewesen, die nur durch föderativen Ausbau noch zu verbessern war. So war daher in Wahrheit Deutschland als ein „Volk von Völkern“ berufen, im „Herzen Europa's“ den gewinnenden Mittelpunkt einer friedlichen Gestaltung des Welttheils, das hauptsächlichste Glied einer mitteleuropäischen Conföderation zu bilden. So viel geschmäh't der alte Bund war, so war er dazu doch ein Anfang, dessen Bedeutung in der Gewähr eines von Aussen ungestörten langjährigen Friedens sich erprobt hat, war er eine Grundlage, auf welcher nicht durch Verfassungsprojecte, sondern durch eine Politik der That mittels föderativer Cooperation weiter zu bauen gewesen wäre.

Aber das Verständniss für diese Aufgabe fehlte und warum? Nun, weil man eben in die unglückselige Theorie des Absolutismus verrannt war und deshalb die Erfüllung eines Berufes des deutschen Volkes sich nur durch vorgängige Errichtung eines Einheitsstaates zu denken vermochte, dessen Aussicht natürlich um so mehr den Particularismus erregen musste. Die nothwendige Folge davon war, dass Preussen als der mächtigste Particularstaat darauf verfiel und von einer ganzen Partei in Deutschland dazu angetrieben wurde, mit den Mitteln der Gewalt die Gründung eines grosspreussischen Deutschlands zu unternehmen.

Die Politik des Herrn von Bismarck.

Das directe Gegentheil jener Aufgabe ist nun erfüllt. Deutschland ist der Bahn einer unaufhaltsam fortschreitenden Centralisation zugeführt. Die Grundlagen seiner Macht sind nicht Geist und Frieden, sondern die Zündnadel und statt friedienstiftend wirkt es provocirend, ist es zu einem fortwährend brennenden Heerd der europäischen Kriegsgefahr geworden. Nur die blindesten Augen haben sich durch das Drei-Kaiserbündniss über diese Thatsache täuschen lassen können. Die Friedensgarantie, die es bieten sollte, war selbst beim besten Willen aller Betheiligten von vorneherein nur eine Illusion, da sie auf einen Status quo sich bezog, der ein wahres Nest der schwerwiegendsten Differenzen enthält und desshalb absolut unhaltbar ist. Wer z. B. — wie gesagt, selbst die friedfertigste Gesinnung aller Monarchen und ihrer Kanzler vorausgesetzt — möchte die Garantie dafür übernehmen, dass nicht

die deutsch-österreichische Frage über Nacht einen acuten Charakter annimmt, in welchem der nationalliberale Chauvinismus sich mit gewissen Schmerzensschreien in Wien verbindet und zu annectirenden Thaten gegen Oesterreich drängt, die für die Zukunft als unvermeidlich von keinem Menschen geleugnet und von vielen Gutgesinnten sogar schon mit erschrecklicher Resignation an die Wand gemalt werden. Und hat nicht inzwischen das „Bischen Herzegowina“, wie es Herrn von Bismarck noch unlängst gefiel, die orientalische Frage zu taufen, in grellster Beleuchtung die Thatsache ans Licht gestellt, dass dieses Bündniss nur auf das Alleräusserlichste und Nothdürftigste zusammengeleimt ist? Wieder stehen wir daher vor der Eventualität eines europäischen Krieges, während unter dem Druck der ganzen Verhältnisse volkswirthschaftlich und geistig das Leben des deutschen Volkes leidet, und nach jeder Richtung hin die bedenklichsten Symptome zu Tage treten.

Es wäre unerklärlich, dass angesichts dieser Uebelstände nicht schon längst eine allgemeine Reaction der Geister zu Thaten sich erhoben hat, wenn nicht die viel betrübendere Thatsache noch vorläge, dass weit und breit seit den Erfolgen von 1866 so gut wie auf eigenes Denken verzichtet wird. Die Rapidität und Grossartigkeit, in welcher die Schöpfungen von 1866 und 1871 aufgetreten sind, haben so sehr imponirt, dass man in dem

Manne, welcher der Urheber davon ist, einen wahren Ausbund von Staatsweisheit vor sich zu haben glaubt. Der kleinste Philister und der gewiegtste Diplomat geben sich in diesem Tribut nichts nach. So bewegt sich das Volk der Denker in „gebundener Marschroute“ auf den Wegen, welche es die Einfälle und Leidenschaften eines einzelnen Mannes führen.

Aus den verschiedensten Symptomen ist zu erkennen, welche bedrohliche Dinge unter den Händen Bismarck's entstehen können, dessen Operationen bis jetzt nur der „launenhafte Gott der Schlachten“ vor einer abfälligen Kritik bewahrt hat. Die Einleitung des Krieges von 1866 war zwar nicht ihrem Ziel, wohl aber ihrer Ausführung nach eine Planlosigkeit fast auf jedem Schritt. Eine weitgehende Entrüstung trug ihm deshalb auch das öffentliche Urtheil entgegen, bis dass es der Erfolg so gründlich bestach, dass selbst die späteren gravirendsten Enthüllungen ihm nichts mehr zu schaden vermochten. Immer sind es die Fehler der Gegner gewesen, auf denen die Erfolge Bismarck's erwachsen, wobei nicht seine Geschicklichkeit, sondern die vortreffliche Leistungsfähigkeit der Armee den Ausschlag gab. Selbst nicht einmal die Taxation der Chancen des Kriegs war seine Sache, sondern die der Feldherren. Von einem Staatsmann verlangt man etwas geistvollere Dinge. Als solcher hatte er z. B. die Aufgabe, die Gegnerschaft der katholischen Kirche in ihrer sittlichen Macht richtig zu schätzen, als

man den Culturkampf begann, aber es ist ein offenes Geheimniss, wie stark sich der grosse Staatsmann in diesem Falle verrecknet hat und diesen Missgriff in vertraulichen Kreisen selbst verwünscht.

Es ist die Aufgabe des Staatsmannes, durch geistigen Einfluss Verbündete zu gewinnen, aber so wenig dazu gehörte, um Italien einst zum „Stoss ins Herz“ gegen den Bundesgenossen Oesterreich zu bereden, so wenig gehörte dazu, um zu dem gegenwärtigen Kampf gegen Rom die Massen bacchantisch begeistert hinter sich zu haben. Und wo wäre auch nur eine Idee, welche als originell von ihm herrührend für seine Politik bestimmend wäre? Es ist nicht ein Scherz, sondern das Ergebniss einer ganz ruhigen und leidenschaftslosen Prüfung, wenn ihm Constantin Frantz in dieser Beziehung nur das Verdienst der Erfindung lithographirter Strafanträge wegen Beleidigung seiner Person belässt. Seine Reden gewinnen nirgends durch eine rationelle Begründung, sondern sind nur rhetorische Kraftproben seines persönlichen Aplombs und endigen deshalb in den entscheidenden Fragen auch stets mit der Spitze ihrer Argumentation in der Cabinetsfrage.

So lange Deutschland existirt, hat es niemals schwerer den Druck eines einzelnen Ich zu empfinden gehabt, als unter der Aera Bismarck's. Selbst das Wort Ludwig's XIV „l'état c'est moi“ hatte für das damalige Frankreich nicht einen

ärgeren Sinn als den, in welchem heute das deutsche Volk von seinem Reichskanzler regirt wird. Und was Ludwig XIV aus seiner absolutistischen Stellung für seine persönlichen Bedürfnisse profitirte, ist der Zeit und den Verhältnissen nach ohne allen Zweifel fast eine Bagatelle zu nennen, gegenüber dem, was für den ehemaligen Deichhauptmann abgefallen ist und bei seinen hochfliegenden Plänen vielleicht noch abfallen wird. Haben doch schon einige seiner Anhänger in Anregung gebracht, ihn mit der Souverainetät eines Fürsten von Elsass-Lothringen zu lohnen.

Der Absolutismus dieses Staatsmannes kann nur Deutschlands Grab sein, wenn nicht bald die edleren Kräfte des Volkes erwachen und sein Joch abschütteln!

Die Initiative zur Besserung.

An den Adel der Nation, und vor allem an ihre Fürsten tritt der Beruf dazu immer lauter und eindringlicher mahnend heran.

Ehre den Männern, die opferfreudig mit der Kraft ihrer Ueberzeugung für das Gut des Glaubens eintreten, Anerkennung auch denen, welche der Interessen des Grundbesitzes sich annehmen! Aber ist die selbstständige Stellung des Adels schon so weit gesunken, dass er nur noch unter der Fahne der Kirche zu kämpfen vermag, oder dass wir ihm etwa nur als Agrarier begegnen, wobei er seine materiellen Interessen nicht viel anders wie jeder Bourgeois verfolgt?

Wie viele auch leider dem Indifferentismus schon gänzlich verfallen sind, so ist doch Thatsache, dass sich in den Herzen des Adels noch ein lebhaftes Rechtsgefühl gegen die Politik Bismarck's regt.

Warum aber noch immer hiermit so vielfach hinter dem Berge halten und nicht offen dieses vertreten?

Das sittliche Urtheil des Einzelnen oder gar eines Standes ist auch eine Macht, es ist die heiligste, die frei wirken soll. Indem sie auf sich selbst vertrauend, heraustritt, wird sie zu einer immer grösseren werden, dadurch, dass sich andere mit ihr vereinigen. Alle Welt kennt die Gesinnung des Adels, die ihn befähigt, um einer Bagatelle willen das Leben in die Schanze zu schlagen. Nun, hier ist es die Existenz der ganzen Nation, die auf dem Spiele steht, wohlan, so ist es auch die Sache des Adels, dass er nicht theilnahmlos und indifferent sich verhält, sondern dass er das bessere Bewusstsein des deutschen Volks, das sich bereits regt, weckt und belebt, indem er mit muthigem Bekenntniss seiner Ansichten ohne Furcht und Tadel vorangeht. Damit wird er den ersten Schritt thun, welchem auch dann die That nachfolgen kann. Ueberall und ganz besonders auf dem socialen Gebiet zeigt sich ihm die Gelegenheit, die Führerschaft für eine Verwirklichung der föderativen Idee zu übernehmen, denn überall bedarf es dazu der Männer, die nicht um einzelner Interessen, sondern um höherer Ziele willen, in uneigennützigster Weise die Hand anlegen und sich an die Spitze stellen. Noblesse oblige! Nicht umsonst war das Gründerthum stets beflissen, mit adlichen Namen seine gewinnsüchtigen Unternehmungen zu schmücken. Ein Beweis, dass im Volk noch ein Bewusstsein davon lebt, was der Adel bedeutet und was er soll. Begreift er aber diese Aufgabe, so wird er damit

auch die Stütze bieten, auf welcher die Regierungen wieder erstarken und ihres Rechts und ihrer Pflicht in freier Unabhängigkeit von Berlin sich bewusst werden müssen.

Wenn die deutschen Dynastien in dieser Ruhe verharren, welche sie durch das Centrum von Berlin sich dictiren lassen, so sind ihre Tage gezählt.

Aber wie stark die ehemaligen „Souveränitäten“ des deutschen Bundes auch beschnitten wurden, wie wenig der „letzte Rock“ noch bedeutet, als welchen der König von Württemberg das Eigenthum des Württembergischen Staates an den Eisenbahnen bezeichnete, wie charakteristisch für den fortgeschrittenen Grad des Aufsaugungsprocesses die Reservatrechte sind, auf welche der baierische Stolz sich zurückgezogen hat, dennoch ist die Macht der deutschen Fürsten noch eine grosse, sobald sie nur aus ihrer Lethargie erwacht.

Alles wird gewonnen sein, wenn die Fürsten die Initiative wieder ergreifen, um in dem ihnen gebliebenen Bereich dem Volke ihren alten Werth zu zeigen.

Es bedarf dazu nicht grosser Programme, vielmehr nur des hochherzigen Entschlusses, die im Volk sich regenden Kräfte zu entbinden und ihnen Schutz und Anregung zu bieten. Was könnte und würde das Erbe der Wittelsbacher sofort wieder sein, wenn sein edelsinniger König, brechend mit der Verirrung, die ihm den Antrag

auf das neue Kaiserthum entlockte, seine ihm rechtmässig zustehende Gewalt gebrauchen wollte! Welche Macht ist in dem treuen katholischen Volk Baierns die Kirche, und wie leicht wäre sie bei den Missgriffen in Berlin als Stütze des Thrones zu verwerthen, wohlverstanden, nur in einer föderativen Weise, die zugleich alle wahrhaft liberalen Elemente gewinnen würde, weil der Föderalismus keine Freiheit der Kirche kennt, ohne sie zugleich auch allen anderen Bestrebungen in gleichem Masse zu gewähren.

Welche Bedeutung könnte Sachsen sich verschaffen! Sein bedeutender Wohlstand auf industrieller Grundlage stellt ihm allen übrigen Ländern Deutschlands voraus die Aufgabe einer Lösung der socialen Frage. Die socialistische Agitation hat in Leipzig und anderen Städten ihren bedeutendsten Heerd, und es ist bekannt, wie sehr der Hass dieser Leute gegen den preussischen Centralismus gerichtet ist. Statt mit aller Strenge nach Wunsch von Berlin her gegen diese Agitation aufzutreten, wären die mannichfachsten Anknüpfungspuncte geboten gewesen, durch ein föderatives Entgegenkommen nicht nur in diesen Reihen das sächsische Stammesbewusstsein zu beleben und für dessen Geltendmachung nach Aussen in ihnen eine wichtige Stütze zu finden, sondern auch die socialistische Bewegung, gerade durch den Gegensatz zu Berlin begünstigt, in die Bahnen einer heilsamen Entwicklung zu lenken.

W ü r t t e m b e r g und B a d e n möchten leicht in Anknüpfung an die Bedeutung, welche sie in der constitutionellen Periode Deutschlands gehabt haben, Gelegenheit finden, damit voranzugehen, auf die föderative Umgestaltung der Landesverfassungen hinzuarbeiten, insbesondere mit einer Ausscheidung dessen voranzugehen, was man in verblendeter Nachäffung französischen Musters eingeführt hat.

Das G r o s s h e r z o g t h u m H e s s e n hätte sich wohl durch die kirchlichen Vorgänge in dem unterdrückten Kurfürstenthum auf den Weg hinweisen lassen sollen, auf dem es die Tradition seines Ahnherrn Philipp's des Grossmüthigen befolgend als Schutzherr der evangelischen Kirche ein neues Ansehen hätte gewinnen können, während durch Nachahmung des preussischen Regimes die kirchlichen Zustände dort in die traurigste Lage gerathen, wofür der Ruhm, eine Vorschule für die Vertreter des Reichskanzlers zu sein, keinen Ersatz bieten kann.

Es versteht sich von selbst, dass ich hier nur beispielsweise einige Punkte hervorgehoben habe, um zu zeigen, wie leicht es dem deutschen Fürstenstand gemacht wäre, wieder als eine selbstständige, nicht rein vasallitische Macht für das politische Leben des Volkes in den Vordergrund zu treten, in welchem er statt dessen nur noch als ein Luxusartikel erscheint.

Auch die kleinsten Fürstenthümer sind davon nicht ausgenommen, im Gegentheil gerade an ihnen

läge es, durch eine That zu belegen, dass die wahre Einigung Deutschlands selbst unter dem Druck der dermaligen Centralisation ihren stillen aber sichern Fortgang nimmt. Der Gedanke einer Conföderation der Kleinen nach den Motiven der Volksstämme drängt sich am ehesten auf und es fehlt nicht an praktischen Aufgaben, in deren Erfüllung sich diese Idee bethätigen könnte.

Wie tief man sich auch unter der Noth der Zeit eingelassen und dem sogenannten deutschen Reiche zur Treue verpflichtet hat, so tief sind denn doch die Sprossen jener erlauchten Geschlechter, unter denen die Hohenzollern nur als glückliche Neu-linge erscheinen, nicht gedemüthigt, dass sie, um ihre Kronen zu erhalten, auf das Recht verzichtet hätten, das selbst dem einfachsten Manne unveräusserlich anhaftet: nach eigenem guten Gewissen die Macht zu gebrauchen, die man besitzt. Und dieses Recht ist eine Pflicht. Vieles ist seit 1866 in diesem Sinne versäumt worden, was sie innerhalb ihrer Länder zu thun in der Lage gewesen wären, mehr noch ist versäumt worden in den Beziehungen untereinander, von denen klar ist, dass sie am meisten über die Zukunft entscheiden werden. Hat man sich einen Kaiser erwählt, so meine ich, wäre es die erste Ehre, die ihm der Fürstenstand des Reiches nicht versagen darf, dass er die Sprache der Wahrheit offen und frei vor ihm führt. Man darf kühn behaupten, dass es auch nicht einen einzigen deut-

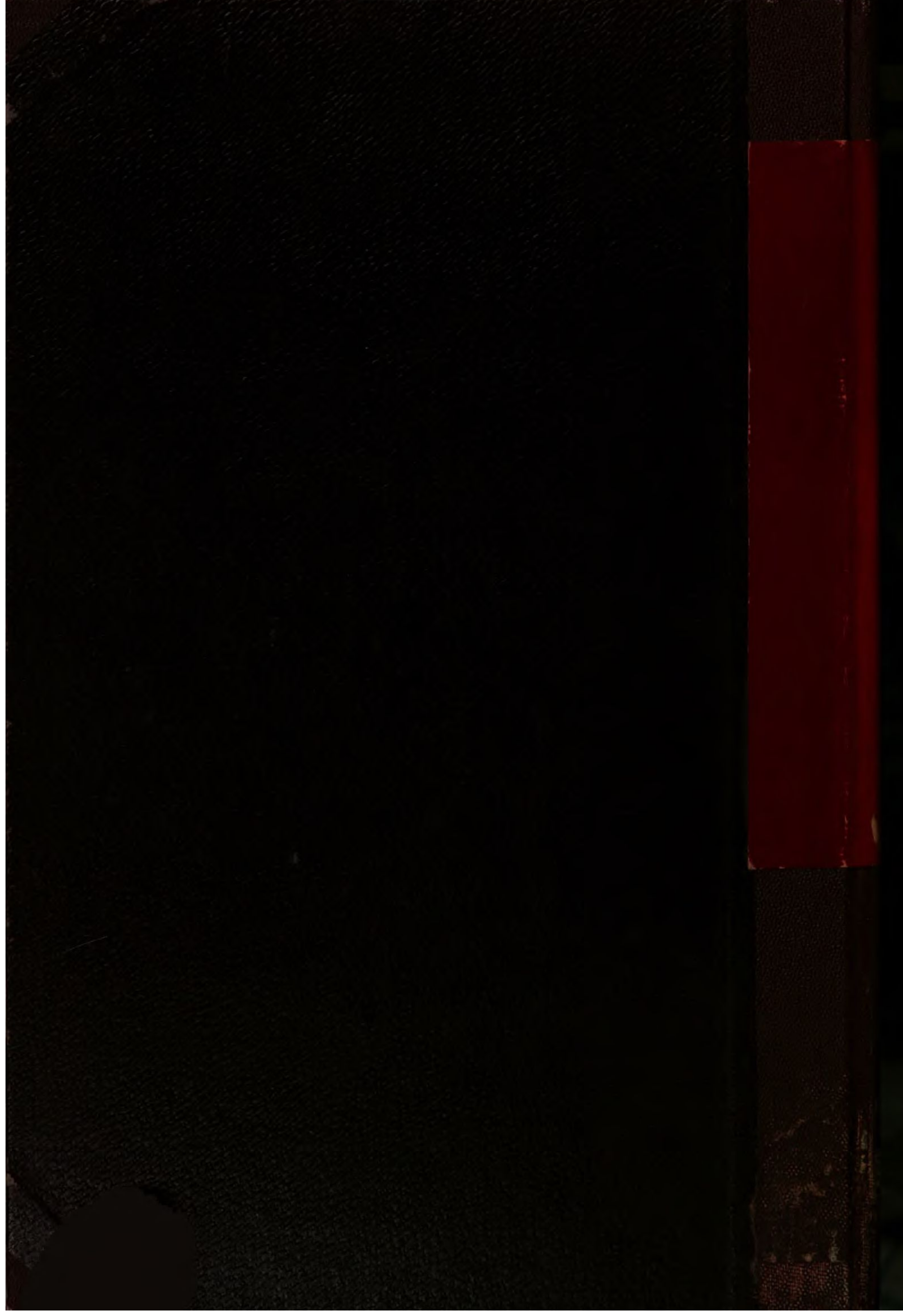
schen Fürsten gibt, den Herzog von Coburg vielleicht ausgenommen, der es nicht in seinem Innersten entschieden verdammt, was gegen den König von Hannover, gegen den Kurfürsten von Hessen und ihre Länder bis in die jüngsten Tage herein in immer erneutem Unrecht geschehen ist. Aber hat die Oeffentlichkeit davon ein Zeugniss erfahren, trotz der dringenden Proteste ihrer fürstlichen Standesgenossen, die dazu aufforderten?

In einer gleichen Versäumniss steht der deutsche Fürstenstand im Hinblick auf die Folgen, welche das Jahr 1866 für Deutschland im Verhältniss zu Oesterreich gehabt hat. Nichts ist doch von so grosser Wichtigkeit, als dass man offen und ehrlich der österreichisch-deutschen Frage zu Leibe geht. Diese Frage existirt und lässt sich nicht weglügen. Ueber kurz oder lang wird sich daraus eine Katastrophe entwickeln, in der entweder das Verhängniss des Jahres 1866 sich in seiner ganzen Tragweite enthüllen muss, oder der Urheber desselben in seine Schranken zurückgewiesen wird. Dieser Katastrophe ist nur zu entgehen, wenn von allen Seiten, Jeder an seiner Stelle, mit tiefem Ernst der Gedanke einer mitteleuropäischen Conföderation, wie das alte deutsche Reich eine ähnliche war, ins Auge gefasst und in föderativem Sinne seiner Verwirklichung zugeführt wird. Wo nun aber Oesterreichs Verhältnisse nach einer föderativen Umgestaltung ganz besonders hindrängen, so tritt auch an seinen

erhabenen Monarchen ganz besonders der Beruf
heran, sich der Idee dieser Conföderation anzu-
nehmen. In dem Maass, in welchem dies geschieht,
wird es sich zeigen, dass es auch heute noch
keine grössere Macht in Europa gibt als die
Macht des kaiserlichen Hauses Habsburg.
Und nur so wird der edeldenkende Kaiser den ver-
dienten Lohn ernten, dass er sich sagen kann,
nach den grossen Anstrengungen zum Besten
seiner Völker endlich Verhältnisse geschaffen zu
haben, in denen alle ihre Befriedigung finden kön-
nen. Aber auch in ganz Mitteleuropa werden die
Völker ihm zu danken wissen, dass er dazu bei-
getragen hat, ihnen zu dem wahren Recht, dem
wahren Fortschritt und der wahren Freiheit ver-
holfen zu haben, welches insgesamt nur zu erlan-
gen ist durch den Föderalismus mit seiner
practischen Verwirklichung in einer mitteleuro-
päischen Conföderation.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Druck von Plaut u. Comp., Wien, I., Schottenring 14.



Heinrich

Absolutismus und Föderalismus Oder Die Quelle alles Uebels u. dessen
Heilung

Prag 1876

Pol.g. 1154 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11337650-5